

Rise Demise ③

Elze 79 Grun

n: Senghaas, Dieter (Hg.):

Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsökonomik, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1979

Hartmut Elsenhans

Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft

Eine Analyse der Grundlagen der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems steht prinzipiell vor folgendem Problem: Dieses System besteht aus zwei Hauptformationen, einem zentralen Kapitalismus mit steigenden Realeinkommen, der sich laufend weiterentwickelt, und einem sogenannten *peripheren* Kapitalismus, der sich trotz sektoraler Entwicklungsprozesse »unter« entwickelt, und zwar unabhängig davon, ob er in die kapitalistische Weltökonomie integriert ist oder nicht, da sich zeigt, daß die Wachstumsprozesse, die in Phasen abnehmender Beziehungen mit dem Zentrum zustande kommen (Mexiko 18. Jh., Lateinamerika ab 1930 bis Anfang der 50er Jahre), keineswegs das Fundament für ein selbsttragendes Wachstum gelegt haben. Das damit aufgeworfene Problem – warum entwickelt der Kapitalismus Produktivkräfte im einen Fall umfassend, im anderen nicht – wird dadurch verstärkt, daß die Anhänger einer marktwirtschaftlich organisierten Weltwirtschaft im allgemeinen das Eindringen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in die Dritte Welt als Ursache für Unterentwicklung leugnen und diese aus sogenannten inneren, oft, im Anschluß an Max Webers Analyse der Entstehung des Kapitalismus, aus sozialpsychologischen Faktoren ableiten, während die Gegner einer marktwirtschaftlich organisierten Weltwirtschaft aufgrund ihrer offenen oder impliziten Forderung nach einer zentralistischen oder dezentralisierten, aber stets administrativen Steuerung der Wirtschaft die Entwicklung von Produktivkräften im Zentrum nur mit Hilfskonstruktionen, z. B. der Aneignung von Mehrwert aus der Peripherie, erklären.

Von seiner solchen Betrachtung der »Kapitalismen« – als durch marktwirtschaftliche Steuerung und private Aneignung von Mehrprodukt als Mehrwert gekennzeichnet – grenzt sich der folgende Aufsatz ab, der im wesentlichen die Thesen einer längeren Untersuchung über »Geschichte und Ökonomie der europäischen Weltoberung« zusammenfaßt (Elsenhans 1976a; siehe auch die Nachbemerkung zum vorliegenden Beitrag).

1. Kapitalismus als ökonomisches System, in dem Privilegierte sich über den Markt Mehrprodukt aneignen, setzt wachsende Masseneinkommen voraus.
Kapitalistisches Wachstum erfordert akkumulierbaren Mehrwert und eine ausreichende Gesamtnachfrage.

Den Ausgangspunkt bildet die These, daß kapitalistische Entwicklung – mit Marktsteuerung und privater Aneignung von Mehrprodukt – nur möglich ist, wenn die Masseneinkommen wachsen. Entscheidend für kapitalistische Entwicklung sind nicht nur die Formen der Wirtschaftssteuerung und die Durchsetzung einer von dem Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Besitzern von Produktionsmitteln bestimmten Klassenstruktur, sondern auch die Existenz von Widerstandsmöglichkeiten der Unterprivilegierten, die durch steigenden Massenkonsum Absatz und Anreize für Neuinvestitionen schaffen. Kapitalismus setzt von Anbeginn solche Widerstandsmöglichkeiten voraus und schafft sich nicht erst den Gegner, der ihn überwindet – in der Form einer »revolutionären« Arbeiterklasse –; er hängt von dieser sozialen »Basis« und ihrer Fähigkeit, Konzessionen der »Kapitalbesitzer« direkt oder über den Umweg des Staatsapparats durchzusetzen, ab. Kapitalismus als ökonomisches System, in dem Akkumulation von Kapital stattfindet, setzt sich erweiternde Massenmärkte voraus. Er kann dann nur als kapitalistischer Wachstumsprozeß verstanden werden, der sich auf der Grundlage steigender Masseneinkommen entwickelt. Ein solcher kapitalistischer Wachstumsprozeß stand bisher einzig im Zentrum statt. Dem sogenannten peripheren Kapitalismus fehlt ein konstitutives (und nicht nur nebensächliches, im Zentrum etwa als *Folge* der Entwicklung auftretendes) Element, nämlich der sich durch Widerstand der Unterprivilegierten über wachsende Masseneinkommen erweiternde Binnenmarkt.

Diese These widerspricht drei Vermutungen bisheriger Versuche, den Kapitalismus zu erklären:

- der »marxistischen« Interpretation des Kapitalismus als System der *Mehrwertextraktion*, bei dem die Konkurrenz der Kapitalisten um Akkumulation quasi-automatisch erfolge und einen ausreichenden Markt schaffe,
- der neoliberalen Interpretation des Wachstums der Lohneinkommen auf den Wert des Grenzertrags, so daß *allein die Nachfrage der Unternehmen* nach Produktionsfaktoren eine ausreichende Nachfrage sichert, und
- der liberalen und marxistischen Autoren gemeinsamen Vorstellung, daß die Entwicklung zu Marktwirtschaft/Kapitalismus eine *historische Notwendigkeit* gewesen sei, einerseits als Behauptung der

naturwüchsigen Zunahme von Arbeitsteilung, die den Übergang von einer geschlossenen Hauswirtschaft zu einer Marktwirtschaft erzwinge, andererseits in der Form mehr oder weniger deterministischer Ableitungen einer wegen historischer Gesetzmäßigkeiten notwendigen Abfolge von Produktionsweisen.

2. Als historische Tendenz läßt sich nur die Auflösung von »Gemeinschaften« in bürokratische Systeme, sogenannte asiatische Produktionsweisen, nicht aber die Entwicklung des Kapitalismus als notwendig nachweisen.

Ist die Entstehung des Kapitalismus an spezifische politische Bedingungen, nämlich ein politisches Widerstandspotential der Unterprivilegierten gebunden, dann muß zunächst die Annahme widerlegt werden, daß kapitalistische Entwicklung in einem gesetzmäßigen Zusammenhang mit den Auflösungsmechanismen vorkapitalistischer Produktionsweisen stehe. Dazu ist zu begründen, daß vorkapitalistische Produktionsweisen sich im Regelfall – also ohne das Hinzutreten der in Europa wirksamen *besonderen Kräfteverhältnisse* – zu Gesellschaften entwickeln, in denen das Mehrprodukt von einer zentralistisch organisierten Klasse angeeignet und nach dem Rang verteilt wird, und daß solche Gesellschaften weder durch die Entfaltung von Produktivkräften noch durch Verfall ohne kapitalistische Penetration von außen zum Kapitalismus übergehen können. Diese These läßt sich empirisch an zwei Beispielen nachvollziehen und theoretisch ableiten, nämlich

- an der sozialen Differenzierung afrikanischer Gemeinschaften und
- an den Zyklen sogenannter asiatischer Produktionsweisen.

Ohne auf die Mechanismen beginnender sozialer Differenzierung in *gemeinschaftlichen Produktionsweisen* einzugehen – ich vertrete die These, daß die Existenz eines Mehrprodukts, d. h. ein bloßer Fortschritt in der Entwicklung der Beherrschung der Natur eine ausreichende Bedingung ist –, läßt sich zeigen, daß die Mechanismen der Aneignung des Mehrprodukts in sogenannten *gemeinschaftlichen Produktionsweisen* als Formen der Anwendung *außerökonomischen Zwangs* aufgefaßt werden können. Geschenke an Häuptlinge, Altersklassen, hervorragende Familien oder an Eroberer bzw. von Neusiedlern an schon etablierte Gruppen sind, unabhängig davon, ob sie freiwillig oder unfreiwillig bzw. gegen Verpflichtungen der Begünstigten (Vorratshaltung, Rechtsprechung, Landzuteilung) gegeben werden, ein Transfer von Mehrprodukt aufgrund politisch-rechtli-

cher Beziehungen. Sobald dieses Mehrprodukt gehandelt werden kann, wächst der Appetit der Begünstigten nach (aus verschiedenen Ländern stammenden) Produkten (Gebrauchswerten), weshalb eine Erhöhung des tauschfähigen Mehrprodukts unerlässlich ist. Die Erhöhung des Mehrprodukts erfordert im Regelfall eine Organisation zu seiner Eintreibung (und, im Falle der aktiven Beteiligung am Handel, zur Sicherung von Handelsrouten), deren Mitglieder eine Klasse sind (ob diese nun für soziale Aufsteiger offen ist oder nicht). Diese Klasse ist aufgrund ihrer militärischen und administrativen Aufgaben unter der Leitung eines »Königs« hierarchisch gegliedert, dessen Herrschaftsanspruch religiös legitimiert wird. In seinem Namen wird Mehrprodukt angeeignet und verteilt, wobei, entsprechend der inneren Organisation der Klasse die Verteilung notwendig dem *Rang* und nicht der ökonomischen *Innovationsleistung* folgt.

Solche administrativ-militärischen Apparate sind Vorformen der Beamtenklassen, die in den sogenannten *asiatischen Produktionsweisen* beobachtet werden. Die Kontroversen über diese Produktionsweise können hier nicht ausführlich dargestellt werden. In unserem Zusammenhang ist lediglich auf folgende Tatsachen hinzuweisen: Von den häufig herausgestellten Kennzeichen, nämlich der Existenz einer Klasse von »Beamten«, die mit politisch-administrativen und/oder offen repressiven Mitteln (außerökonomischem Zwang) Mehrprodukte von egalitären *Dorfgemeinschaften* eintreiben, ist nur das erste von Bedeutung. Aus den Überlegungen über die »Auflösung« egalitärer Gemeinschaften durch zunehmende Schichtung folgt, daß bei einem selbst nur geringen Entwicklungsstand auch in Dorfgemeinschaften Ungleichheit und Ausbeutung bestehen. Außerdem haben solche Beamtenklassen alsbald ein Interesse ausgebildet, durch Individualisierung der Steuerabgaben und damit meist durch Privatisierung der Rechte an Böden (selbst wenn es kein echtes kapitalistisches Eigentum gibt) die Steuereintreibung wirksamer zu machen, auch wenn daneben kollektive Verpflichtungen des Dorfes (z. B. im Fall der Zahlungsunfähigkeit einzelner Bauern Verpflichtung der Begleichung auch dieser Steuerschulden durch das Dorf) bestehen. Die egalitäre indische Dorfgemeinschaft ohne Privatbesitz an Boden, die über Marx in die Definition der asiatischen Produktionsweise Eingang fand, ist ein von Teilen der britischen Kolonialverwaltung in Indien Anfang des 19. Jahrhunderts erfundener Mythos.

Gibt es in solchen asiatischen Produktionsweisen eine Vielzahl von Eigentumsformen auf dem Dorf, dann ist – im Sinne einer Definition von Produktionsweisen nach den Kriterien: *wer arbeitet, wer leitet die Produktion, wer eignet sich ein Mehrprodukt mit welchen Mechanismen an und welche Mechanismen führen zu welcher Verwendung des Mehrprodukts?* – die Existenz einer »Staatsklasse entscheidend.

Asiatische Produktionsweise liegt dann vor, wenn der überwiegende Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts von einer zentralistisch verfaßten Klasse angeeignet und innerhalb dieser Klasse nach dem Rang verteilt wird. Aus dieser Definition lassen sich Folgen für den möglichen Wachstumsprozeß ableiten, die auch empirisch belegt sind. Wofür das Mehrprodukt verwendet wird, ist ökonomisch nicht bestimmt. Luxus (Hof) und Investitionen (z. B. Bewässerung) sind gleichermaßen möglich. Ob ein Beamter Mehrprodukt, das er als Steuer eintreibt oder das er verwaltet, investiert oder nicht, hat keinen Einfluß auf sein eigenes Einkommen. Die gewerbliche Produktion ist angesichts des tendenziell wachsenden Luxuskonsums und der großen Einkommensungleichheit in drei Sektoren gespalten: Dorfhandwerk mit geringen Entwicklungsmöglichkeiten für unabsehbare Bedürfnisse der Landbevölkerung, wegen Rohstoffen regional gebundene Produktion (Salz, Salpeter) und Luxusproduktion in unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen (»Sklaverei« an Höfen, selbständige Handwerker, die sich meist in Zünften gegen jede Konkurrenz abschotten) für die Staatsklasse und eventuell andere privilegierte Klassen (Fernhändler, Großgrundbesitzer, wie z. B. in China). Orientiert an der Herstellung immer feinerer Waren (Beispiel: Stickereien), kann dieses sich ausweitende Luxushandwerk kein Interesse an der Herstellung standardisierter Produkte entwickeln. Viele – auch einfache – Produktionsmittel (Beispiel: Schablonen für Stickereien) werden nur beschränkt verwendet. Die »Dialektik Mensch – Natur« orientiert sich nicht am Ziel der Herstellung immer größerer Mengen von Gebrauchswerten mit sinkendem Arbeitsaufwand pro Stück. Dies ist der Grund für die fehlende Nutzung selbst verfügbarer Neuerungen (z. B. Dampfmaschine im alten China). Angesichts des Interesses der Herrschenden an Luxus, der begrenzten Entwicklung der Produktivkräfte und der Grenzen für Ausbeutung ist von folgender Entwicklungsdynamik einer solchen Gesellschaft auszugehen:

– Die Erhöhung der Ausbeutung der Bauern führt zu Widerstand und Rebellion oder zum Zusammenbruch der Landwirtschaft und in beiden Fällen zum Zusammenbruch des Systems. Nach einer Zerfallsperiode steigt eine neue Dynastie auf, schützt zunächst die Bauern und erhöht dann allmählich wieder den Luxuskonsum mit den beschriebenen Folgen.

– Die Vermehrung des verfügbaren Mehrprodukts wird über Erwerbungen (und damit eine Vergrößerung des »Reiches«) erreicht. Angesichts der immer schwierigeren Probleme der Kommunikation und der Tendenz lokaler Amtsträger, sich zu verselbständigen, bricht das Reich auseinander.

Beide Entwicklungen sind zyklisch. Sie führen nicht zu Strukturen, in denen die Privilegierten sich als private Kapitalbesitzer Konkur-

renz machen und zur Entwicklung von Produktivkräften gezwungen wären. Bestehende Ware-Geld-Beziehungen, z. B. im Handel, stellen keineswegs die Aneignungsmöglichkeiten der Staatsklasse in Frage, da Geldkapitalbesitzer (z. B. Fernhändler) einerseits mit von der Staatsklasse gewährten Monopolen ihre Gewinne erhöhen und verstetigen können, andererseits – angesichts der hohen Einkommen der Staatsklassen – sich eher in die Staatsklasse einkaufen statt diese zu entmachten.

3. Der europäische Feudalismus beruht auf dem Zusammentreffen außergewöhnlicher Umstände, durch die Konkurrenz verstärkt und Ausbeutung vermindert wurde.

Ist ein solcher oft als »Feudalismus« bezeichneter Verfall asiatischer Produktionsweisen nicht für eine Zerschlagung politisch-administrativer Aneignungsmöglichkeiten, sondern für die zyklische Stärkung der Staatsklasse und die wiedererfolgende Reichsbildung offen, dann muß gefragt werden, warum in Europa eine solche »Rezentralisierung« im Ausgang des europäischen Mittelalters unmöglich wurde, kann diese Periode doch als »Verfallsperiode« nach der Entwicklung einer asiatischen Produktionsweise im späten Westrom betrachtet werden. Zunächst ist festzuhalten, daß solche Rezentralisierungstendenzen auch im neuzeitlichen Europa festzustellen sind (Absolutismus). Zu klären ist also nur, welche Faktoren einen Rezentralisierungsprozeß behinderten, so daß Durchsetzung von Konkurrenz und steigender Massenkonsum möglich wurden. Eine Reihe dieser Faktoren ist in der spezifischen Form der »tributären« Produktionsweise des europäischen Mittelalters zu sehen, dem *Feudalismus*, in dem die privilegierte Klasse ihre Einnahmen überwiegend aus dem Besitz von Ländereien (und nicht aus Ämtern) zog. Das Einkommen jedes Grundherrn war vor allem durch das Mehrprodukt bestimmt, das er sich als einzelner von seinen Bauern aneignen konnte; Produktivitätssteigerungen kamen zunächst ihm, nicht anderen Mitgliedern der Grundherrnklafe zugute. Gleichzeitig war die Ausbeutungsrate begrenzt. Aus Verbesserungen der Produktivität zogen auch die Bauern Nutzen, so daß diese ein Interesse an Innovation hatten und langsam einen Markt für gewerbliche Produkte bildeten.

Die Fraktionierung der Grundherrnklafe und das für die Bauern relativ günstige Kräfteverhältnis sind auf folgende Faktoren zurückzuführen, die eine mögliche Rezentralisierung der herrschenden Klafe allerdings nur behindern, nicht aber verhindern konnten:

– Durch die weitgehende *Kommerzialisierung des Bodens* in der Antike bestand nach dem Zusammenbruch Westroms ein stark abgesichertes Besitzrecht am Boden. Die Grundbesitzer eigneten sich Mehrprodukt als je einzelne an, wobei sowohl das Ende der Zufuhr billiger Sklaven als auch der Differenzierungsprozeß innerhalb der einwandernden germanischen Völkerschaften in Richtung auf feudale Abhängigkeitsverhältnisse wirkten (Kolonatssystem, Klientelmitglieder, die den Nießbrauch an Boden gegen Abgabe- und Arbeitsverpflichtungen an Adlige erhalten).

– Das geringe *Mehrprodukt*, das sich die Privilegierten zunächst aneignen konnten, bedingte, daß der staatliche Aufbau sich auf der Grundlage der *Beleihung von Funktionsträgern* mit Boden vollzog. Zunächst deshalb, weil mit der Zunahme des verfügbaren Mehrprodukts durchaus Tendenzen zum Aufbau von zentralistischen Staatsklassen aufraten (Normannenstaaten). Die große Verfügungsmacht über den Boden in den Händen von Grundherren schufen jedoch, zusammen mit dem hohen Rang des Erbrechts in Gesellschaften mit geringer Entfaltung politisch-administrativer Strukturen (Germanen), ein Interesse an der Erblichkeit der Lehen und wirkten der Zentralisierung der herrschenden Klafe in eine Beamtenklasse entgegen.

– Die gesellschaftliche Differenzierung war relativ gering, z. T. wegen des zunächst geringen Mehrprodukts, der Fraktionierung der Herrschenden und aufgrund ideologischer Faktoren (Egalitarismus des Christentums; alle Bewegungen zur Reform der Religion waren mit Bauernbewegungen zur Verminderung von Abgaben verknüpft).

– Innerhalb der herrschenden Klafe gab es – wegen der Fortdauer des *Papsttums* (das auch weltliche Aufgaben übernahm) und des mit ihm rivalisierenden *Kaisertums* (das auch im geistlichen Bereich Kompetenzen beanspruchte) – einen permanenten Konflikt.

– Die Fraktionierung der herrschenden Klafe erlaubte eine größere *Selbständigkeit der Städte*, durch die – wegen der Möglichkeit der Abwanderung vom Land (»Stadtluft macht frei«) – der Erhöhung der Ausbeutungsrate durch die Grundherren Schranken gesetzt waren.

Diese Widerstandsmöglichkeiten der Bauern wurden im 14. Jahrhundert entscheidend verstärkt: Die Pest führte zu einer *Verknappung von Arbeitskräften*. Während in den Regionen, in denen sich Kapitalismus nicht durchsetzte, die Leibeigenschaft der Bauern verschärft wurde, gewannen im späteren Kerngebiet des Kapitalismus die Bauern ihre persönliche Freiheit und konnten die Abgabenbelastung senken: Die Grundherren mußten, um Arbeitskräfte zu bekommen, den Bauern einen höheren Anteil an der Produktion lassen.

4. Der innere und der äußere Markt können sich nicht über nur-ökonomische Mechanismen entwickeln.

Aus dem Argument, daß die für den europäischen Feudalismus bestimmenden Elemente Rezentralisierung zwar behinderten, aber nicht notwendig verhinderten, folgt nicht zwangsläufig, daß sich über Konkurrenz Kapitalismus entwickelte. Der oft beschriebene Mechanismus, daß durch das Wachstum des Handels und damit einer neuen Klasse, der Handelskapitalisten, an deren Reichtum die Grundherren anders als die Staatsklassen nicht durch Anwendung außerökonomischen Zwangs teilhaben konnten, könnte nur folgende Entwicklung erklären: Mit ihrem Geldkapital konnten die Handelskapitalisten durch Prestigekonsum verschuldete Grundherren aufkaufen. Denkbar ist weiter, daß in diesem Prozeß Arbeitskräfte freigesetzt wurden, weil die zu Grundbesitzern gewordenen Handelskapitalisten »rationeller« wirtschafteten. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordert aber auch vermehrte Absatzmöglichkeiten.

An dieser Stelle sind die von anderen Autoren, z. B. Marx, behaupteten Mechanismen der Markterweiterung zu diskutieren, nämlich die Bildung eines inneren Markets durch Niederkonkurrenz des ländlichen Gewerbes, staatlicher Markt und äußerer Markt (MEW 23; S. 773–788). Durch Niederkonkurrenz der ländlichen »vorkapitalistischen« gewerblichen Produktion kann kein Binnenmarkt entstehen. Folgendes Beispiel belegt dies: Vor der Niederkonkurrenz habe die Landbevölkerung 20% ihrer Arbeitszeit für gewerbliche Produkte, 80% ihrer Arbeitszeit für agrarische Produkte aufgewandt. Werden die gewerblichen Produkte in der Stadt von kapitalistischen Unternehmen hergestellt, dann müssen sie – unter Einrechnung aller Kostenfaktoren ($c + v + p$) – für die Landbevölkerung günstiger sein als die selbstproduzierten. Für ein gleiches Quantum an Gebrauchswaren, die bisher die Landbevölkerung selbst hergestellt hat, wird in Geld weniger Einkommen bezahlt, als der Konsumtionskraft entspricht, die die Landbevölkerung in den übrigen 20% der Arbeitszeit vor Spezialisierung sich erarbeitet hat. Der Massenkonsum nimmt ab. 20% der Arbeitskräfte auf dem Land werden eingespart; aber zur Herstellung der Güter, die – gleiches Versorgungsniveau der Landbevölkerung vorausgesetzt – jetzt von kapitalistischen Unternehmen geliefert werden, werden nicht nur weniger Arbeitskräfte benötigt (Massennachfrage sinkt), sondern es werden insgesamt weniger Einkommen an andere Unternehmen für Vorprodukte (c), an Arbeit (v) und Kapital (p) bezahlt.

Der äußere Markt kann nicht größer sein als die Importe aus diesem Markt in die sich entwickelnde kapitalistische Wirtschaft. Was

in den äußeren Markt geliefert wird, muß bezahlt werden. Zahlungsfähigkeit gebietet Exporte. Was auf dem äußeren Markt an zusätzlicher Nachfrage entsteht, fällt auf dem »inneren« Markt im sich entwickelnden kapitalistischen Sektor weg, weil gerade so viel äußerer Markt entsteht, wie im kapitalistischen Sektor bezahlte Einkommen für vom äußeren Markt gelieferte Waren verwendet werden. Die Ausweitung des äußeren Markts war noch kleiner, wenn die nichtkapitalistischen Wirtschaften der heutigen Dritten Welt durch »Raub und Plünderung« ausgebeutet wurden.

Die Möglichkeit der Erweiterung des Marktes durch die Konsumnachfrage der Kapitalisten setzt »feudale Kapitalisten« voraus: Kapitalisten müssen aber, um konkurrenzfähig zu bleiben, Mehrprodukt investieren oder ihre Preise senken.

Bleibt die von Lenin behauptete Möglichkeit einer Entwicklung des Markts durch den Produktionsmittelsektor. Auch dies setzt nichtkapitalistische Kapitalisten voraus. Der Produktionspreis ist $c + v + p$, wobei p , die Profitmasse, durch die Durchschnittsprofitrate $\pi = \frac{p}{c + v}$ bestimmt ist, so daß $c + v + p = c + v + \pi(c + v)$. Folglich ist eine kapitalintensivere Technologie B konkurrenzfähiger als eine weniger kapitalintensive A, wenn

$$c_A + v_A + \pi(c_A + v_A) > c_B + v_B + \pi(c_B + v_B).$$

Da $c + v + \pi(c + v) = i(c + v) + \pi(c + v)$, läßt sich diese Ungleichung umformen in $(c_A + v_A)(\pi + i) > c_B + v_B + (\pi + i)$, so daß

$$c_A + v_A > c_B + v_B.$$

Die kapitalintensivere Technologie ist nur dann rentabel, wenn die Summe der nachfragewirksamen Einkommen aus der Produktion von Vorprodukten und aus den Arbeitseinkommen kleiner ist als bei der Technologie A (ausführlich Elsenhans 1978 b; 27). Auch der Sektor der Kapitalisten kann keine ausreichende Nachfrage schaffen.

Marx hat in dem Abschnitt über die Staatsschuld das Problem angedeutet, wo er darlegt, daß die Erhöhung der Staatsschuld, die ein Abzug von Mehrwert ist, der potentiell den Kapitalisten zur Verfügung steht, weitere Akkumulation und Gewinne ermöglicht, ohne daß der Staat mit seiner Staatsschuld produktive Investitionen tätigt; im Abschnitt *Kostpreis und Profit* (MEW 25; 41–47) hat er die Frage nach der Realisierung des Profits erörtert und festgestellt, daß die Kapitalisten so lange produzieren, wie sie einen näher nicht definierten Profit erzielen, der allerdings nicht so hoch wie der »produzierte« Mehrwert ist. Wenn man nun alle Konsumgüter und alle dem Ersatz vernutzten Kapitals dienenden Güter zum Preis von $c + v + x$ (wobei x ein minimaler Profit ist) summiert, ergibt sich, daß der Gesamtumsatz den Arbeitseinkommen (jedes c ist mit $c + v$ produziert

worben) und dem minimalen Profit x entspricht. Daraus folgt, daß ein höherer Verkaufspreis nur dann erzielt wird, wenn über den Ersatzbedarf hinaus neue Kapitalgüter produziert wurden, indem die hier erzielten Arbeitseinkommen und Profite Nachfrage für die bisherigen Produktionssektoren erzeugen. *Profite hängen von den Neuinvestitionen ab.* Dies ist der Kern der keynesianischen Profittheorie (Sparen = Investieren, Investieren = Profit, wenn die Unternehmen nicht konsumieren und die Arbeiter nicht sparen).

Neuinvestitionen schaffen aber neue Kapazitäten: Wenn weder der äußere Markt noch ein vorkapitalistischer inländischer Sektor, noch die Kapitalisten durch Konsum und Akkumulation diesen Markt bilden können, bleibt nur eine Erhöhung des staatlichen Konsums (und damit die Stärkung eines nicht der Konkurrenz unterworfenen Sektors) oder die Erhöhung des Massenkonsums. Diese Erweiterung des Massenkonsums hat die Form der Erhöhung der Realeinkommen. Dann werden auch kapitalintensivere Technologien, die Arbeit substituieren, rentabel, ohne daß die Gesamtnachfrage nach Arbeit abnehmen muß. Zwar erfordert der Kapitalismus ein Mehrprodukt, weil sonst kein Mehrwert angeeignet werden kann, dessen Akkumulation durch Investitionen ist aber nur im Fall sich erweiternder Massenmärkte möglich.

5. Das Handelskapital und damit die handelskapitalistische Expansion Europas mögen zwar die kapitalistische Entwicklung Europas begünstigt haben, aber nur deshalb, weil das Handelskapital seinen Monopolanspruch in den Kernländern kapitalistischer Entwicklung nicht durchgesetzt hat.

Die Beobachtung der Akkumulation von Geld und der Entwicklung einer kapitalistischen »Rechenhaftigkeit« durch die seit dem 13. Jahrhundert in Italien, später im übrigen Westeuropa aufsteigenden Fernhändler und Fernhandelskompanien hat die Vorstellung begünstigt, daß durch diesen Binnen- und Fernhandel der Kapitalismus entstanden wäre. (Die Händler investierten in der Produktion gewerblicher Waren, beschäftigten Lohnarbeit, akkumulierten Gewinne in der Produktion usw.). Dagegen ist einzuwenden:

– Der Fernhandel ist aus nahezu allen vorkapitalistischen Produktionsweisen bekannt. Die Afrikanistik hat das Problem der Staatsbildung in Afrika auf die Entwicklung sehr ausgedehnter Handelsbeziehungen zurückgeführt, von denen der auch in Europa seit langem bekannte Goldhandel mit Westafrika nur ein kleiner Teil ist. Indi-

scher Fernhandel mit Rom und Südostasien geht vor die Zeit von Christi Geburt zurück, ebenso wie der Seidenexport aus China in den Mittelmeerraum. Die Verbindung zwischen den drei Hauptsiedlungs-zonen der Alten Welt: Ostasien/Südasien, Schwarzafrika und Mittelmeerraum, besteht seit Jahrtausenden und hat dem Vorderen Orient und Malaya in nahezu allen Zeiten eine strategische Schlüsselrolle verliehen. Seit dem 7. Jahrhundert hat sich der Islam, wie ein Blick auf eine Karte der Verbreitung der Weltreligionen zeigt, entlang dieser Verbindungslien ausgebreitet.

– Der *Fern- und Binnenhandel hat nirgends zu Investitionen in der gewerblichen Produktion geführt.* Nicht nur in England, wo die Einkommen aus dem Handel zum Kauf von Land (z. B. durch die sogenannten Nabobs) verwandt wurden, sondern auch überall sonst in Europa (Brügge, Venedig), Afrika, Lateinamerika und Asien wurden Geldeinkommen aus dem vorkapitalistischen Handel zunächst in der Absicherung von Handelsrouten, dann in Land und Staatsstellen investiert.

– Handelskapital ist zwar an einem in Geld ausgewiesenen Gewinn interessiert. Dieser Geldgewinn ist aber verschieden vom Gewinn eines kapitalistischen Unternehmens. *Handelskapitalismus beruht auf der Monopolisierung von Vertriebswegen:* Monopole (z. B. Salzmopol) im Innern einer Gesellschaft und monopolistische Kontrolle von Handelswegen zwischen verschiedenen Gesellschaften. Der Preis wird entsprechend der Nachfrage (und dem Nutzen einer Ware) tendenziell so festgesetzt, daß der größte Gewinn erzielt wird (auch bei sinkenden abgesetzten Mengen), und sinkt nicht wie bei Konkurrenz auf die Produktionskosten. *Solche hohen Gewinne mit geringen Stückzahlen lassen sich am ehesten in Gesellschaften mit stark ungleicher Einkommensverteilung durch die Lieferung von Luxusgütern erzielen.*

– Handelskapital ist aufgrund der Mechanismen der Gewinnmaximierung weniger an gewerblicher Produktion und Konkurrenz interessiert als vielmehr an *Luxusproduktion und Monopol* und verbündet sich rasch mit den »monopolistischen« Strukturen in vorkapitalistischen Produktionsweisen. Die Stützung des Absolutismus auf dem europäischen Kontinent, die massive Finanzhilfe der englischen Fernhandelskompanien für die englische Krone in den Auseinandersetzungen um die Verwirklichung der Rechte des Londoner Parlaments im 17. Jahrhundert und die permanenten Konflikte zwischen Ostindienkompanie und gewerblichen Produzenten in England veranschaulichen diese *antikapitalistische, weil antikonkurrentielle Orientierung des Handelskapitals.* Die Handelspolitik der englischen Ostindienkompanie, die nicht nur auf den Überseemärkten, sondern auch in England – dort gebremst durch den Widerstand der engl-

schen Weber – nicht englische, sondern profitablere indische Textilien zu verkaufen suchte, widerlegt die verbreitete Vermutung, daß der vorkapitalistische Fernhandel automatisch die gewerbliche Produktion gefördert habe.

Aus diesen Einwänden gegen eine Interpretation des Fernhandels als eines Motors der Durchkapitalisierung läßt sich die potentielle Blockierung einer beginnenden kapitalistischen Akkumulation begründen. *Der Fernhandel schafft zwar hohe Geldeinkommen, ist aber an Monopolisierung interessiert und stützt daher Zentralisierungstendenzen in der herrschenden Klasse der eigenen Gesellschaft.* Die Aufhäufung von Geldprofiten führte unter der Voraussetzung von Marktbeziehungen zu Inflation, wie dies in der Preisrevolution des 16. und frühen 17. Jahrhunderts in Europa (und dem Nahen Osten), vor allem in Spanien zu beobachten ist. Der Zufluß von Edelmetall entwertete die (nominalen) Einkommen von Grundbesitzern und die Arbeitseinkommen insbesondere in Spanien, hatte Verelendung zur Folge und führte – wie die Entwicklung der Bevölkerung der spanischen Städte bis 1630 zeigt – nach einer anfänglichen Anregung des Wirtschaftswachstums zu ökonomischem Rückschritt. Ohne Ware-Geld-Beziehungen in der Produktionsphäre erhöhten die Klassen, die sich von den Produzenten ein Mehrprodukt aneigneten, die Ausbeutungsrate, um die begehrten, vom monopolistischen Fernhandelskapital angebotenen Produkte kaufen zu können.

Die Möglichkeit, sich durch Export von Waren importierte »selte-ne« Waren zu verschaffen, muß im übrigen keineswegs über eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften zur Erweiterung des Binnenmarkts für »Massenkonsumentgüter« führen. Die mit der Intensivierung des Getreideexports in Osteuropa auftretende zweite Welle der Leibeigenschaft ist dafür ein Beleg. Angesichts der möglichen Gewinne aus dem Agrarexport haben die Grundherren wieder Naturalabgaben (die Geldrente hatte sich im 14. und 15. Jahrhundert durchgesetzt) eingeführt, um den abhängigen Bauern und Pächtern Differentialrenten vorzuenthalten (ähnliche Entwicklungen sind in der Landwirtschaft der heutigen Dritten Welt zu beobachten, Elsenhans 1979 a) und sie haben die persönlichen Bindungen der Bauern verstärkt, um die Konkurrenz um Arbeitskräfte und die Gefahr der Erhöhung der Arbeitseinkommen auszuschalten. Einer Ausweitung des Handels kann also durchaus eine Einschränkung von Marktbeziehungen in der Produktion entsprechen.

6. Aus der notwendigen Verknüpfung von Konkurrenz und kapitalistischem Wachstumsprozeß folgt, daß eine verstärkte staatliche Wirtschaftsförderung (meist verbunden mit einer Förderung des Exports) nicht zur Durchsetzung des »Kapitalismus« führt.

Oft wird eine erhebliche Rolle des Staates in der Genese des Kapitalismus in Westeuropa behauptet. Der Ansatzpunkt dazu ist die Analyse des sich im Ausgang des Mittelalters bis zum Ende des 18. Jahrhunderts herausbildenden *Merkantilismus*. Er hat zwei Elemente: *Förderung des Exports* und *Förderung der Produktion*, vor allem (aber nicht nur) im gewerblichen Bereich. Tatsächlich handelt es sich um sehr unterschiedliche Arten der Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, denen allerdings die Zielsetzung einer aktiven Handelsbilanz (durch Exporte und Importsubstitution) gemeinsam ist. Bedingt ist diese Politik durch den Finanzbedarf der Kronen, die nach dem Zusammenbruch des mittelalterlichen Universalismus von Kaiser und Papst ihre politische Stellung mit ökonomischen und militärischen Mitteln zu festigen suchten.

Nicht zu bestreiten ist, daß die europäischen Kronen, die über keinen Zugang zu den Edelmetalllieferungen Lateinamerikas und wegen ihrer (zunächst) schwachen Stellung auf den Überseerouten über geringe Möglichkeiten verfügten, Monopolprofite zu erzielen oder an ihnen teilzuhaben, sich Gold durch Exporte gewerblicher Waren beschaffen mußten. Dies gilt insbesondere für England bis Mitte des 17. Jahrhunderts und für Frankreich. In dem Maße, wie der Staat allerdings *selbst* durch Aufbau der Manufaktur in die gewerbliche Produktion fördernd eingriff, behinderte er gleichzeitig den kapitalistischen Wachstumsprozeß. Ein Vergleich Englands und Frankreichs im 16. und 17. Jahrhundert zeigt, daß die geringen Möglichkeiten der englischen Krone, direkt in die Produktionsphäre einzugreifen, das Wachstum der gewerblichen Betriebe, den Einsatz von Maschinen und Energie und technische Innovation begünstigt haben, während die staatliche Wirtschaftsförderung in Frankreich zu unrentablen staatlichen Manufakturen und »Schutz«bestimmungen in den Betrieben vom Typ der Zunftbeschränkungen (z. B. Verbot des Einsatzes neuer Technologien und Beschränkung der Zahl der abhängig Beschäftigten) führte, durch die der Wachstumsprozeß behindert wurde. Durch die Ausschaltung von Konkurrenz im Rahmen der staatlichen Wirtschaftsförderung wurden im übrigen jene ungleichen Verteilungsstrukturen begünstigt, die die französische Manufaktur – tendenziell ähnlich der städtischen gewerblichen Produktion in den oben erwähnten »asiatischen Produktionsweisen«

- auf einen durch Luxusgüterkonsum bestimmten Markt hin orientierte, mit der Folge eines geringen Interesses an arbeitsparender Innovation.

Die mercantilistische Wirtschaftsförderung erweist sich als ambivalent: Sicherlich wurde über die Förderung von gewerblichen Exporten und den Aufbau von Manufakturen für die Befriedigung der inneren Nachfrage der Privaten, aber auch des Staates (Heer, Flotten) die gewerbliche Produktion angeregt, jedoch ohne daß diese Anregung zu einem sich selbst tragenden kapitalistischen Wachstumsprozeß führen mußte.

Die unterschiedliche Entwicklung in England und – dem im übrigen im 18. Jahrhundert technologisch fortgeschritteneren, in der kommerziellen Nutzung von Technologie rückständigen – Frankreich könnte die Vermutung nahelegen, daß die staatlichen Förderungsmaßnahmen und der Fernhandel allerdings dann den Übergang zum Kapitalismus beförderten, wenn Kapital freie (und vereidendende) Lohnarbeiter beschäftigte, weil die staatliche Wirtschaftsförderung nicht mit Schutzmaßnahmen für die Arbeitskräfte verbunden war.

7. Die Genese des Kapitalismus war nicht mit einer massiven Verelendung der Landbevölkerung verbunden.

Die Behauptung, daß der Kapitalismus eine verelendende, weil von ihren landwirtschaftlichen Produktionsmitteln getrennte Lohnarbeit voraussetzt, ist die verbreitetste Argumentation über die Genese des Kapitalismus. Sie kann mit Protesten der Zeitgenossen gegen Verelendung, die allerdings auch Zeichen einer größeren Sensibilität für das Schicksal der Unterprivilegierten in den Kreisen der Schreibenden sein können, vielfältig belegt werden. Marx gründet seine These, daß die Entwicklung des Kapitalismus mit einer massiven Verelendung der Bevölkerung verbunden war, auf drei Beobachtungen:

1. Daß sich im 16. Jahrhundert die Klagen wegen der drohenden Vertreibung des Landvolks vom Boden mehren (*MEW* 23; 747).
2. Daß während der Napoleonischen Kriege die englische Bevölkerung verarmte.
3. Daß in England Teile der Landbevölkerung ihr Land verloren, woraus er schließt, daß sie verelendeten.

Alle drei Behauptungen sind so nicht stichhaltig: Die aufblühende Wollproduktion im 15. und 16. Jahrhundert war selbst die Folge einer durch Verbesserung der Lebenssituation breiter Massen wachsenden Nachfrage. Sie hat im 16. Jahrhundert zu keiner massiven Vertreibung von Bevölkerung vom Land in England geführt; viel-

mehr war die englische Krone gezwungen, gegen den Versuch der Umstellung von Ackerfläche auf Weide sogenannte »Depopulation Acts« zu erlassen, unter anderem weil sie sich – im Unterschied zu den reichersten Kronen auf dem europäischen Kontinent – kein stehendes Söldnerheer leisten konnte und deshalb die ökonomische Grundlage des Milizsystems respektieren mußte.

Einfriedungen mit der Folge des Verlustes von Produktionsmöglichkeiten sind massiv erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgt. Auch wenn man mit dem Hinweis auf die nicht durch Parlamentsgesetz verfügten Einfriedungen die statistischen Grundlagen für diese These bezweifelt, ist festzuhalten, daß die Marktorientierung der englischen Landwirtschaft und die Durchsetzung eines kapitalistischen Privateigentums am Boden nicht über das Exportprodukt Wolle verliefen, sondern über die Nahrungsmittelproduktion Getreide – England war hier bei den Hektarerträgen bis ins 19. Jahrhundert führend – und die neuen Produkte wie Rüben usw. Der erweiterte Absatz dieser Produkte verlangte nach einem sich erweiternden Binnenmarkt. Die in der Hauptphase der Einfriedungen beobachtbare sehr rasche Zunahme der englischen Bevölkerung im 18. Jahrhundert muß, ob nun die fallende Sterberate oder eine steigende Geburtenrate als Ursache angesehen wird, als Verbesserung der Ernährungssituation der Massen gewertet werden. Die Folge dieser Orientierung der »Durchkapitalisierung« an der inneren Nachfrage war neben einem hohen Produktionsmittelbedarf der Landwirtschaft (die Landwirtschaft verbrauchte um 1730 30% des Eisens) ein hoher Arbeitsbedarf in der Landwirtschaft. Die neuere englische Forschung zur Agrargeschichte, die auf das bis in die Zeit nach den Napoleonischen Kriegen wachsende Arbeitsplatzangebot in der Landwirtschaft verweist, ist nicht damit widerlegt, daß gezeigt wird, daß die Bauern und Pächter in Lohnarbeiter verwandelt wurden. Marx erblickt in dieser Expropriation nicht nur die Schaffung von Lohnarbeit, sondern auch die Freisetzung von Arbeit als Vertreibung vom Land, so daß ein städtisches Proletariat entstand, das zu Subsistenzkosten beschäftigt wurde.

Die Marxsche Vermutung einer massiven Vertreibung des Landvolks durch Umstellung der Landwirtschaft auf Wollproduktion trifft nicht für England, wohl aber für Spanien zu und führt dort eben nicht zu Akkumulation, trotz der Verfügbarkeit von Gewinnen. Daß – abgesehen von den von Marx und Engels sehr einseitig benutzten Quellen über die Lage der Arbeiter im England der industriellen Revolution – die Zeit der Napoleonischen Kriege mit einer starken Beanspruchung des Produktionsapparats durch den Krieg eine Phase der Verschlechterung des Lebensstandards der Massen war, teilt sie mit allen Kriegsperioden.

8. In England wird Marktkonkurrenz möglich, weil über eine breite Streuung des Bodenbesitzes der Massenmarkt wächst. Dadurch werden Tendenzen zu einer absolutistischen Rezentralisierung geschwächt.

Wenn weder Verelendung durch Freisetzung von Arbeit noch der Fernhandel und nur bedingt die staatliche Wirtschafts- und Exportförderungspolitik die Genese des Kapitalismus erklären, dann müssen andere Mechanismen ermittelt werden, die die im Feudalismus aufgrund von dessen Offenheit für Konkurrenz angelegten Möglichkeiten für kapitalistisches Wachstum verwirklichten, ohne daß sich die gleichermaßen vorhandenen Tendenzen zur Rezentralisierung, die durch den Handel und die staatliche Wirtschaftsförderung verstärkt wurden, durchsetzen. Im Mittelpunkt dieser Erklärung steht die These, daß in England Strategien zur Senkung der Masseneinkommen wegen des Widerstands der Betroffenen und der geringen Rezentralisierungsmöglichkeiten der Herrschenden nicht durchgesetzt werden konnten. Der sich bildende breite Massenmarkt erlaubte rentable Investitionen in der gewerblichen Produktion, durch die eine nicht-monopolistische Unternehmerklasse entstand, die an Rezentralisierung nicht interessiert und zur Absenkung der Arbeitseinkommen zu schwach war.

Dieser Mechanismus hat seine Grundlage in der *Agrarverfassung Englands* und wurde in den politischen Kämpfen des Dritten Standes durchgesetzt. Die Agrarverfassung Englands am Ausgangspunkt des Mittelalters war durch den Zusammenbruch des Großadels bestimmt: Gegenüber den Bauern konnte er nach der großen Pest nicht mehr die Unfreiheit verstärken, gegenüber Krone, niederem Adel und den Städten war er durch die Verluste in den Rosenkriegen (1455-1485) geschwächt. Die Brutperiode des Kapitalismus im 15. und 16. Jahrhundert war durch den Aufstieg freier kleiner und mittlerer Bauern und eines niederen Adels, der Gentry, gekennzeichnet. Nach der Reformation, die zum Verkauf von zwei Dritteln des Kirchenlands durch die Krone führte, wurde der Bodenbesitz noch weiter gestreut. Konzentrationstendenzen und die »Vertreibung des Landvolks« im Rahmen der erhöhten Wollproduktion konnten durch politischen Druck von unten abgewehrt werden.

Als im Zuge des Aufstiegs des britischen Überseehandels nach der Ausschaltung Spaniens, der Öffnung des portugiesischen Weltreiches für britische gewerbliche Produkte (ab Mitte des 17. Jahrhunderts) und dem Niedergang der niederländischen Vormachtstellung auf den Überseerouten seit Ende des 17. Jahrhunderts die monopolistischen Gewinne des Handelskapitals zunahmen, war dieses Handelskapital

nicht in der Lage, billig Land aufzukaufen. Zwar finden sich auch in England Beispiele für den Mechanismus: Grundherren treiben Luxuskonsum - Verschuldung - Landkauf, doch wehrten sich der niedere Adel und die Bauernschaft gegen den ökonomischen Niedergang durch Entwicklung der gewerblichen Produktion.

Das Eindringen der Gentry in gewerbliche Sektoren, die häufig gerühmte Bereitschaft des niederen Adels, selbst gewerblich zu arbeiten (Beispiel: nachgeborene Söhne erlernten ein Handwerk), hat seine Grundlage darin, daß der niedere Adel in England keine Chance hatte, auf andere Weise ökonomisch zu überleben.

Die Folge war, daß sich - im Gegensatz zu der Theorie, daß die Städte für die Entwicklung der gewerblichen Produktion entscheidend waren - auf dem Land gewerbliche Produktion (im Nebenerwerb) bildete. Sie war den Zunftregeln nicht unterworfen und konnte mit niedrigeren Produktionskosten die Zünfte in den Städten niederkonkurrieren.

Die Entwicklung solcher Einnahmequellen auf dem Land mußte den Aufkauf von Boden durch das Handelskapital erschweren. Mit dem wachsenden Geldreichtum aus dem Fernhandel, der in England wie überall sichere Anlagen in Land suchte, stieg der Preis für Land allein 1760-1815 von 10,5 sh/Acre auf 67,3 sh/Acre. Das Verhältnis zwischen Mehrprodukt aus der Landwirtschaft und Bodenpreisen sank, sichtbar am Zerfall des Geldzinses. Diese Bewegung, aufgrund derer der (Geld-)Kapitaleinsatz (also nicht der Einsatz von Produktionsmitteln ohne Boden) 1810 in der Landwirtschaft 10mal so hoch wie in der Industrie war, zeigt, daß das Handelskapital nur unter Hinnahme großer »Zinsverluste« die freien Bauern und den niederen Adel aufkaufen konnte. Diese verfügten über Geld, das sie, anders als die monopolistischen Fernhändler, allein in der gewerblichen Produktion anlegen konnten, in der im übrigen zu Beginn der industriellen Revolution der Kapitalbedarf niedrig war. Die Konzentration von Reichtum hatte zur Folge, daß dieses Geld wieder umverteilt wurde.

Eine Verwertung des Kapitals durch Investitionen in der gewerblichen Produktion setzte indes voraus, daß der Markt wuchs. Deshalb kommt der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Land vor der industriellen Revolution entscheidende Bedeutung zu. Wegen der breiten Streuung des Bodenbesitzes im 16. und 17. Jahrhundert waren die Gentry zahlreich und die Ausbeutungsrate niedrig. Aus dem verfügbaren Mehrprodukt konnte nicht der überwiegende Teil der Gentry mit gutbezahlten Pfründen versorgt werden. Große Teile des niederen Adels widersetzten sich deshalb dem Versuch der Entwicklung eines absolutistischen Regierungssystems, das die Fernhandelsmonopole stützte und dessen politisch-ökonomische Grundlage die Zentralisierung der herrschenden Klasse und des Mehrprodukts war.

Die Ergebnisse waren ein neues Ideal des Gentleman, das sich von den kontinentalen Normen des Luxuskonsums löste, und eine – angesichts der größeren Zersplitterung der Privilegierten – erhöhte Durchsetzungschance der Bauern. Die Verbindung zwischen gewerblicher Produktion und dem Besitz wenn auch kleiner landwirtschaftlicher Flächen verhinderte, daß der Angebotspreis von Arbeit für die gewerbliche Produktion auf das Subsistenzminimum sank, weil der eigene Bodenbesitz Verweigerungsmöglichkeiten bot. Die industrielle Revolution setzte sich in England gerade in jenen Regionen durch, in denen aufgrund der Schwäche des Handelskapitals diese Streuung des Bodenbesitzes länger fortduerte als im Umfeld des handelskapitalistischen Zentrums London.

Eine Vielzahl von Quellen belegt, daß die Privilegierten das Wachstum des Konsums der Unterprivilegierten im 18. Jahrhundert als skandalös ansahen, also Wachstum der Masseneinkommen stattfand (wie dies auch die demographische Entwicklung zeigt). In einem solchen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis konnten frühzeitig gewerkschaftsähnliche Vereinigungen entstehen (seit Beginn des 18. Jahrhunderts). Die Verbote von Vereinigungen (Anti-Combination-Laws), die nach dem Ausbruch der Französischen Revolution erlassen wurden, belegen nicht, daß sie hätten durchgesetzt werden können, sondern daß die Privilegierten vor der Effizienz dieser Vereinigungen Angst hatten. Die erfolgreiche Vertretung von Interessen gewerblicher Produzenten/Arbeiter ist auch durch Petitionen, z. B. für den Schutz vor der Konkurrenz vor indischen Textilien, belegt (wo die »Unternehmer« dann auch schon das Argument der Erhaltung von Arbeitsplätzen vorbrachten).

Trotz der bis ins 19. Jahrhundert unzuverlässigen Reallohnstatistiken ist von einer schrittweisen Verbesserung des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung auszugehen.

Bei einem wachsenden Markt stieß die Erweiterung der gewerblichen Produktion auf eine steigende Nachfrage. Neuinvestitionen waren »rentabel«, führten zu Beschäftigung (und unter der Bedingung eines freien, tendenziell durch Angebotsknappheit bestimmten Arbeitsmarkts) zu steigenden Realeinkommen entsprechend einer neoliberalen Lohntheorie (Lohn = Grenzertrag). Gleichzeitig stieg die Nachfrage für Agrarprodukte aufgrund der wachsenden Zahl der in der gewerblichen Produktion Beschäftigten, so daß (arbeitsintensive) Investitionen in der Landwirtschaft rentabel waren (mit der Folge einer zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft).

Wenn über Marktbeziehungen eine »Realisierung« von Profit, nur in Höhe der Neuinvestitionen möglich ist, so mußte eine solche Struktur der sich bildenden Kapitalistenklasse erlauben, Gewinne zu

erzielen, da sie investieren konnte. Dies begrenzte wiederum das Gewicht von Interessen, die eine absolutistische Zentralisierung anstreben.

Anders im kontinentalen Westeuropa. Hier, z. B. in Frankreich, waren zwar parallel zur englischen Entwicklung die Marktbeziehungen ausgedehnt worden, allerdings innerhalb stärker inegalitärer Gesellschaftsstrukturen. War die Nachfrage vorab auf Luxusprodukte ausgerichtet, so mußten geringe depressive Impulse zu Konsumentenhaltung und dann zu Investitionsenthaltung mit dem Ergebnis beträchtlicher Arbeitslosigkeit führen. In der Krise des 17. Jahrhunderts, auf deren Ursprung hier nicht eingegangen werden kann (z. B. Rückgang der Importkapazität Osteuropas), setzte sich deshalb auf dem Kontinent der Absolutismus durch, der auf der Grundlage einer Zentralisierung des Mehrprodukts Pfründen für einen Adel schuf, der – der Marktkonkurrenz entzogen – den Luxuskonsum abermals steigerte. Die Unterprivilegierten, deren Ausbeutungsrate stieg, wurden über die vermehrten Beschäftigungsmöglichkeiten zufriedengestellt. Fehlende Expansion der Masseneinkommen stärkte also gleichzeitig Tendenzen zu einer Rezentralisierung der Privilegierten, die Ursache der fehlenden Expansion der Masseneinkommen war.

Die Besonderheit der englischen Entwicklung läßt sich so zusammenfassen: Die im Feudalismus angelegte Offenheit für Konkurrenz wurde durch die Entscheidung des Konflikts über den Preis von Arbeit nach der großen Pest und durch die Dekonzentration des Bodenbesitzes in der Reformation zugunsten einer Gesellschaftsstruktur entschieden, in der ein erheblicher Teil der Mehrprodukt aneignenden Klasse (Gentry) von einer Rezentralisierung nichts erhoffen konnte. Sie mußte deshalb gewerbliche Sektoren entwickeln und auf eine Einschränkung der Widerstands- und Verweigerungsmöglichkeiten der Unterprivilegierten verzichten. Die Folge war eine Ausdehnung des Massenkonsums, die Investitionen rentabel machte, so daß wiederum ein geringeres Interesse an Rezentralisierung bestand. Grundlegend für diesen Prozeß war das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zuungunsten des »Kapitals«, das einen kapitalistischen Wachstumsprozeß innerhalb dieses Rahmens entsprechend neoliberalen Wachstumstheorien erlaubte.

Anzumerken wäre, daß mit der raschen Durchsetzung industrieller Produktionsverfahren ab 1780 die Hypothese nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Widerstandsmöglichkeiten der Unterprivilegierten nicht mehr ausreichten, um die Konsumtionskapazität proportional zur Produktionskapazität zu steigern. Dann hätte die (kriegsbedingte) staatliche Nachfragesteigerung einen Ausgleich geschaffen, der in den Krisenjahren nach den Napoleonischen Kriegen wegfiel. Die in dieser Zeit relativ schnellen sozialen Umbrüche auftraten

tenden Organisationsprobleme der sich ausdehnenden Klasse von (jetzt besitzlosen) Lohnarbeitern wurden wegen der Herstellung der Infrastruktur (Eisenbahn) und dem damit rasch wachsenden Kapitalbedarf (bei steigendem Kapitalkoeffizienten kann die Konsumtion hinter der Produktion herhinken) für die Sicherung einer effektiven Gesamtnachfrage nicht bedeutsam. Nach Abschluß des Eisenbahnbaus hatte sich dann die moderne (auch damals wieder reformistische) Arbeiterbewegung gebildet, die durch gewerkschaftliche und politische Aktionen auf eine Auslastung der Produktionskapazität relativ erfolgreich hinwirken konnte.

9. Die Peripherie hat zwar den Akkumulationsprozeß im Zentrum gestützt, ihr Beitrag in Gestalt einer Wertübertragung und der Eröffnung von Absatzchancen wird jedoch häufig überschätzt.

Die zentrale Bedeutung der *innergesellschaftlichen* Faktoren gegenüber *außenwirtschaftlichen* Zusammenhängen belegt eine Analyse des Außenhandels, die den – nicht bestrittenen – Zufluß von Edelmetall nicht mit Produktionsmittelproduktion (Akkumulation ist nichts anderes als Nettoneuinvestition) verwechselt und die aus einem steigenden Überseehandel nicht vorschnell auf eine die Kapitalakkumulation stützende Ausbeutung der Peripherie schließt.

Nicht bestritten wird, daß die handelskapitalistische Expansion mit außerökonomischem Zwang Arbeitskraft in der Dritten Welt ausgebaut hat (Sklaverei, Zwangsarbeit, Erzielung von Monopolprofiten) und daß der sich entwickelnde Kapitalismus in Europa (auch) in der Dritten Welt die gewerbliche Produktion niederkonkurriert hat und damit die ungleiche Spezialisierung zwischen Zentrum und Peripherie erzwang (zu beiden Problemen unten These 11).

Wenn in einer Beziehung ein »Partner« Nachteile erleidet, ist jedoch noch nicht erwiesen, daß der andere Partner Vorteile – und wenn – in gleicher Höhe erlangt, und erst recht nicht, daß diese Vorteile für seinen Entwicklungsprozeß entscheidend waren. Genau dies wird aber mit dem Argument, daß die Entwicklung des Zentrums sich kraft der Benachteiligung der Peripherie vollzogen habe, behauptet. Gegen einen solchen Beitrag der Peripherie sprechen folgende Argumente (die, um es nochmals zu betonen, nicht die These widerlegen, daß die Peripherie durch den kapitalistischen Entwicklungsprozeß im Zentrum benachteiligt worden ist):

Das kapitalistische Zentrum hat aus der Peripherie mit wenigen Ausnahmen bis ins späte 19. Jahrhundert ausschließlich Waren bezo-

gen, die für den Akkumulationsprozeß keine Rolle spielten. Akkumulation hängt, soweit es die Verfügbarkeit von Gütern betrifft, davon ab,

- daß Arbeitskräfte mit Lohngütern, die der jeweiligen »sozialen und historischen Situation« entsprechen, versorgt werden,
- daß Produktionsmittel verfügbar sind bzw. durch Arbeitskräfte, die aus der Lohngüterproduktion versorgt werden, hergestellt werden.

Importe gegen Bezahlung (ob im äquivalenten Tausch oder nicht) oder durch gewaltsame Aneignung können die Akkumulation begünstigen,

- wenn sie Produktionsmittel sind oder in die Produktionsmittelproduktion eingehen und diese, z. B. durch im Verhältnis zur heimischen Produktion kostengünstige Rohstoffe, verbilligen,
- wenn sie Lohngüter sind, oder in die Lohngüterproduktion als Vorprodukte eingehen und damit die Kosten der Reproduktion, d. h. des Unterhalts der Arbeitskräfte und ihrer Familien, vermindern.

Betrachtet man die Warenstruktur des Imports aus der Peripherie, so zeigt sich zunächst die Dominanz von *Edelmetallen* und *Gewürzen*. Diese Waren hatte das an seltenen Agrarprodukten arme Europa für seine privilegierten Klassen stets dann einführen müssen, wenn das wachsende Mehrprodukt eine Erhöhung des Luxuskonsums ermöglichte. *Gewürze* und *feine Textilien* (Seide) bildeten schon die Importe des Römischen Reichs aus dem Osten. Mit dem Wiederaufstieg Europas nach dem 11. Jahrhundert wurden vermehrt Gewürze importiert, die mit Edelmetall bezahlt wurden. Neben religiösen Faktoren war die Suche nach Gewürzen und Edelmetallen ein entscheidendes Motiv für die Erforschung des Seewegs nach Indien gewesen, da durch einen direkten Zugang zu Ostasien der arabische Zwischenhandel ausgeschaltet werden konnte. Im 17. Jahrhundert traten die Edelmetallimporte gegenüber den Importen an *Pfeffer*, *Zucker*, *Kaffee* und *Tee* zurück, die – im Ostasienhandel – im 18. Jahrhundert von *Porzellan*, *Papieren*, *Lacken*, *Seidenwaren* und *Baumwolltextilien* ergänzt wurden.

Alle genannten Waren spielen weder als Lohngüter noch als Produktionsmittel oder deren Vorprodukte eine wichtige Rolle im Akkumulationsprozeß, auch wenn man einräumt, daß der im 18. Jahrhundert rasch steigende Kaffee-, Tee- und Zuckerimport Englands eine verbesserte Versorgung auch der Massen (bei steigenden Realeinkommen) erlaubte. Ähnlich haben einzelne tropische Farbstoffe (Betelnuß, Indigo, Brasilholz) die Exportchancen europäischer Textilien verbessert, ohne daß sie für eine Ausweitung der binnennarktorientierten Textilproduktion notwendig gewesen wären. Für die Abse-

kung der Reproduktionskosten der Arbeit hat die Peripherie durch den Mais und die Kartoffel der Indianer zwar einen wichtigen Beitrag in der Form des Anbaus bisher unbekannter Nahrungsmittel geleistet, doch ist dies nicht mit der Ausbeutung peripherer Arbeitskraft verbunden gewesen, denn diese neuen Sorten wurden in Europa angebaut. Die Warenstruktur der Importe zeigt, daß – auch wenn ein Teil der Importe Lohngüter waren – die Reproduktion der Arbeitskräfte, also auch der Produktionsmittel herstellenden Arbeitskräfte, aus der eigenen Wirtschaft stammte. Erst im 19. Jahrhundert spielte die Peripherie durch die Getreideexporte des Nahen Ostens (Türkei, Rumänien), dann Indiens und die Fleisch- und Weizenexporte Argentiniens vorübergehend eine wichtige Rolle bei der Versorgung (im wesentlichen) von Großbritannien mit Lohngütern, hier Nahrungsmitteln, eine Rolle, in der sie ab Ende des 19. Jahrhunderts von den »neuen Zentren« USA, Kanada und Australien abgelöst wurde. Einzige frühere Ausnahmen sind die Baumwolle, wo aber schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts die USA führender Exporteur waren, und Tee, insofern sein Verbrauch seit Mitte des 17. Jahrhunderts den Verbrauchszuwachs des teureren Biers in England zu beschränken gestattete.

Die Gold- und Silberimporte waren, soweit sie als Zahlungsmittel für Importe aus anderen Peripherieländern genutzt wurden, entsprechend der Verwendung, der die gekauften Produkte dienten, für Akkumulation nicht notwendig. Soweit die Metalle in Europa blieben, förderten sie die Einkommensungleichheit (Preisrevolution des 16. Jahrhunderts) und erhöhten den Geldumlauf. Selbst wenn bezweifelt wird, daß ohne Erhöhung des Warengeldumlaufs die Durchsetzung von Marktbeziehungen erschwert gewesen wäre, ein Mangel an Warengeld also durch Papiergele (Wechsel etc.) wegen der Manipulationsmöglichkeiten der »vorkapitalistischen« Klassen (z. B. Finanzskandal John Law 1720) nicht hätte ausgeglichen werden können, ist nicht nachgewiesen, daß Europa eine gleich große Geldmetallmenge hätte selbst produzieren müssen. Warengeld repräsentiert als Wertausdruck stets seine Produktionskosten. Steigen diese Produktionskosten, dann wäre Warengeld wertvoller geworden, so daß die zur Geldzirkulation notwendige Menge langsamer als die Warenzirkulation hätte steigen müssen.

Bei der Produktionsmittelproduktion leistete die Peripherie erst ab Ende des 19. Jahrhunderts (seltenere Nichteisenmetalle wie Kupfer, Zinn) einen nennenswerten Beitrag zur Weltproduktion. Die Energieträger der Industrialisierung wurden bis nach 1945 fast ausschließlich in den Industrieländern produziert. Erst die Niederkonkurrenz der Kohle durch das billige Nahostöl seit den 50er Jahren änderte die auf die heimische Produktion ausgerichtete Energiever-

sorgung. Der wichtigste Werkstoff der industriellen Revolution, Eisen und Stahl, wurde bis in die 60er Jahre vorwiegend aus Erzen in den Industrieländern hergestellt.

Wenn die Peripherie weder essentielle Lohngüter (bis Mitte des 19. Jahrhunderts) noch Rohstoffe für die Herstellung von Produktionsmitteln lieferte (bis Ende des 19. Jahrhunderts), dann hat sie keinen wesentlichen Beitrag zum Akkumulationsprozeß geleistet. Die Ausbeutung peripherer Gesellschaften erfolgte eher im Interesse des Luxuskonsums europäischer privilegierter Klassen. Geht man allerdings davon aus, daß bei Wegfall von Importen für diesen Luxuskonsum die Privilegierten in Europa zur Absicherung ihres Prestiges gegenüber anderen Klassen die Ausbeutung heimischer Arbeitskraft zu konsumtiven Zwecken erhöht hätten, so erlaubten die Importe aus der Peripherie, die Ansprüche der Privilegierten leichter zu befriedigen und vermehrt Produktionsfaktoren für heimische Lohngüter und Produktionsmittel einzusetzen. Der Übergang von einer durch außerökonomischen Zwang charakterisierten zu einer auf Akkumulation durch Massenkonsum und Konkurrenz beruhenden kapitalistischen Gesellschaft wurde durch die Importe aus der Peripherie erleichtert.

Als Absatzmarkt für Produkte der Industrie des Zentrums hat die Peripherie eine nicht zu bestreitende, wiewohl häufig überschätzte Rolle gespielt. Die famose These, daß im 18. Jahrhundert für die englische Industrie/gewerbliche Produktion vor allem der Überseemarkt gewachsen sei, gründet auf einer irriegen Interpretation der Statistiken, die in den Begriff »Übersee« auch die Siedlungskolonien Nordamerikas, in den Begriff »Europa« den Export nach Lissabon und Spanien einschließen, über die Anfang des 18. Jahrhunderts ein Teil des Exports nach Lateinamerika getätig wurde. Um diese Aggregationsfehler bereinigt, betrug der Anteil der Peripherie (Asien, Afrika, Amerika ohne Nordamerika, südeuropäische Länder) an den englischen Exporten 1700 41% und 1797–98 43%, der Anteil Nordamerikas 2% und 31%. Den wachsenden äußeren Markt für die englische Industrie bildeten vor allem die Siedlungskolonien in Nordamerika, in denen die Aneignung »freien« Landes durch an die Siedlungsgrenze abwandernde Bauern die Ausbeutung von Arbeitskraft beschränkte.

Auch wenn die Exportindustrien im England des 18. Jahrhunderts erheblich schneller wuchsen als die Binnenmarktindustrien, muß angesichts der regionalen Zusammensetzung der Exporte davon ausgegangen werden, daß der Beitrag der Peripherie als äußerer Markt zur Industrialisierung nicht höher eingeschätzt werden darf als das Wachstum des inneren Markts in der Gesamtregion »kapitalistisches« Zentrum.

Dennoch dürfen drei Formen des Beitrags der Peripherie zum Wachstumsprozeß nicht übersehen werden:

- Dieser zusätzliche Markt fördert *Innovation*: Die industrielle Revolution hat sich am raschesten in der Baumwollindustrie durchgesetzt. Hier wurden Maschinen entwickelt und angewandt, die den Produktionsmittel sektor entscheidend anregten. Ohne äußeren Markt hätte dieser Sektor nur langsamer wachsen können (Exportquote 1798-1807 wechselnd zwischen 50 und 66%) und die Veränderung der Produktionsverfahren (Dampfmaschine) weniger entscheidend beeinflussen können.

- *Wachstumsimpulse für moderne Sektoren* werden ausschließlich für das in der Industrialisierung fortgeschrittenen Zentrum reserviert. Der Fortschritt der Produktivkräfte besteht überwiegend – neben der an Bedeutung verlierenden Nutzung neuer agrarischer und mineralischer Rohstoffe – in der Entwicklung neuer Technologien zur Verarbeitung von (alten und neuen) Rohstoffen und der Herstellung »neuer« Produkte. Die Kosten der Anwendung dieser neuen Technologien sind um so geringer, als eine »industrielle Infrastruktur« und an den bisher fortgeschrittenen Technologien ausgebildete Arbeitskräfte verfügbar sind. Dies trifft im Regelfall für die in der Industrialisierung am weitesten fortgeschrittenen Länder zu, auch wenn bei noch relativ geringen Entwicklungsunterschieden die fortgeschrittenere Infrastruktur und das erreichte Anspruchsniveau qualifizierter Arbeitskräfte Hindernisse in der Konkurrenz mit zurückliegenden Wirtschaften sein können (Deutschlands Aufholen gegenüber England in der zweiten industriellen Revolution – Chemie und Elektrotechnik – Ende des 19. Jahrhunderts). Die Entwicklungsunterschiede gegenüber der Dritten Welt sind aber so groß, daß das Auftreten neuer Waren nicht zum Aufbau entsprechender Kapazitäten in der Dritten Welt führt, mit der Folge, daß Märkte für neue Produkte vorab dem Zentrum zugute kommen.

- Die entstehenden Kostenstrukturen verschaffen dem Zentrum laufend rentenähnliche Einkommen, die – in der Form von Kostenvorteilen – die Entwicklungsunterschiede zementieren. Die Einführung neuer Technologien ist – wie die Theorie des Produktzyklus zeigt – im Regelfall humankapital- und infrastrukturiertensiv. Die neuen Produkte erfordern hohe Ausbildungskosten für qualifizierte Arbeitskräfte und neue Infrastrukturen, in der industriellen Revolution z. B. Eisenbahnen und Kanäle. Hohe Kosten der Ausbildung bei Aufnahme einer Produktion heißt im Regelfall nicht, daß die damit erzielte Qualifikation an sich teurer ist als Qualifikationen der Arbeitskraft in der Dritten Welt. Höhere Qualifikation heißt vielmehr im Regelfall, daß die in Familie und Schule vermittelten Qualifikationen nicht anwendbar sind und zusätzliche Qualifikationen erworben

werden müssen, die in folgenden Generationen kostengünstiger vermittelt werden. Zu finanzieren ist also nicht eine an sich höhere Qualifikation, sondern die Umstellung auf eine andere Qualifikation. Danach kann Qualifikation wieder billiger erworben werden.

Ähnlich kosten Infrastrukturmaßnahmen, z. B. der Aushub eines Kanals oder die Erdarbeiten für eine Eisenbahnlinie bzw. eine Straße, erheblich mehr als der spätere Unterhalt. Damit läßt sich eine einmal geschaffene Infrastruktur anschließend mit relativ geringen Kosten nutzen. Dies gilt so lange, bis der Erweiterungsbedarf an Infrastruktur durch den Verbrauch bis dahin als frei angesehener Güter (Natur) so teuer wird, daß Länder ohne eine solche Infrastruktur neue Infrastrukturen billiger erstellen können (Beispiel: Umweltbelastung mit Folgeinvestitionen in den Industrieländern, ohne notwendige Folgeinvestitionen in den Entwicklungsländern).

Die kostengünstige Nutzung »umgestellter« Qualifikation und einmal erstellter Infrastrukturen gibt der fortgeschrittenen Wirtschaft die Möglichkeit, kostengünstiger zu produzieren als eine Wirtschaft, die diese »Nebenkosten« erst im nachhinein aufbringen muß. Diese Vorteile sind vergleichbar mit der Verfügung über kostengünstige Rohstofflager, die ihrem Besitzer erlauben, billiger als der Durchschnitt zu produzieren und auf diese Weise eine *Differentialrente* zu erzielen. Besteht einmal ein Eisenbahnnetz oder ein Kanal, so wirkt sich diese Einrichtung wie die Existenz eines gut gegliederten Flusssystems aus – die Transportkosten sinken.

An der Finanzierung einer solchen Umstellung auf die jeweils fortgeschrittenste Infrastruktur und Qualifikation sind bei den ökonomisch entfalteten Wirtschaften immer auch die Handelspartner beteiligt. Die Kosten der Umstellung der Qualifikation und der Infrastruktur sind »gesellschaftlich notwendige« Kosten der Produktion, ohne die die Produktion unmöglich ist. Ob sie nun in der Form von Steuern auf alle Produkte umgelegt werden oder in der Form privater Finanzierung von Ausbildung und Infrastruktur nur auf die neuen Produkte, sie erhöhen die Preise entweder für alle Exportprodukte oder für die exportierten neuen Produkte. Jede Wirtschaft, die später diese Produktionen aufnimmt, sieht sich aber einem Konkurrenten gegenüber, der die Umstellung von Infrastruktur und Qualifikation finanziert hat, und kann deshalb die eigenen Kosten für diese Maßnahmen nicht mehr auf die Exportpreise überwälzen, solange durch die Steigerung anderer Kostenelemente (z. B. Arbeit) dem fortgeschrittenen Land kein Wettbewerbsnachteil erwächst.

10. Auch der Kapitalexport stellt keine Notwendigkeit für das sich entwickelnde kapitalistische Zentrum dar, verschärft aber die ungleiche Entwicklung im Weltmaßstab.

Hat die traditionelle Theorie im Handel mit der sich unterentwickelnden Peripherie ein dauernd wirksames Mittel der Förderung der industriellen Entwicklung im Zentrum gesehen, so ist die Rolle des Kapitalexports für verschiedene Phasen unterschiedlich interpretiert worden. Für die Zeit vor der »imperialistischen« Expansion im 19. Jahrhundert wird im allgemeinen angenommen, daß die Kapitalimporte in das Zentrum dort industrielle Entwicklung begünstigt hätten. Neben dem Beitrag der lateinamerikanischen Edelmetallzuflüsse wäre hier der Zufluß europäischen Kapitals nach England im 18. Jahrhundert (insbesondere aus den Niederlanden) oder der überwiegend britische Kapitalexport in die sich rasch entwickelnden »neuen Zentren« der Siedlungsgebiete (USA, Kanada, Australien) zu nennen, die nach unserer Interpretation des kapitalistischen Wachstumsprozesses durch hohe Realeinkommen gekennzeichnet waren. Der für die vorimperialistische Phase und die neuen Zentren behauptete positive Effekt von Kapitalimporten ist primär eine Folge der inneren Struktur der Empfängerländer, in denen eine *wachsende Massennachfrage* die rentable Umwandlung von Geldkapital in Produktionsmittel sicherte.

Mit der imperialistischen Phase sei, so wieder die traditionelle Theorie, Kapitalexport notwendig geworden, entweder um den Absatz einer im Zentrum überschüssigen Produktion zu sichern (Luxemburg) oder durch Produktionsverlagerung in Gebiete mit niedrigen Arbeitskosten Mehrwert anzueignen. Über eine Steigerung der Mehrwertmasse durch Überausbeutung peripherer Arbeitskraft sei die Tendenz des Falls der Profitrate ausgeglichen worden (Lenin, Hilferding).

Gegenüber der ersten Erklärung (Absatzmarkt) gelten die Einwände, die gegen eine globale Marktweiterung durch die Peripherie vorgebracht wurden: »Irgendwann« muß die Peripherie wieder zurückzahlen. Wichtiger ist die zweite Erklärung. Abgesehen von der logischen Konsistenz des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate (die »organische Zusammensetzung« des Kapitals kann nicht schneller steigen, als daß mindestens die gleiche Profitrate erhalten bleibt – Elsenhans 1978 a –, und Reallohnsteigerungen führen nur zu einer begrenzten Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals – Elsenhans 1976 b), widerlegt die Empirie der Kapitalbewegung die These. Nur zwei Momente sind herauszugreifen.

– Zur Überwindung des tendenziellen Falls der Profitrate muß Kapitalexport vor allem in Perioden ökonomischer Krisen stattfinden, da die Krisen in dieser Theorie als Folge eines Profitratenfalls erklärt werden, der durch die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bedingt sei. Dafür wird als Beleg der Ende des 19. Jahrhunderts massiv einsetzende Kapitalexport angeführt. Er habe die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals gebremst, indem mit der Verbilligung der Kosten industrieller Rohstoffe der Welt des konstanten Kapitals gesunken sei oder (bei Fortdauer hoher Preise) Extraprofite erzielt wurden. Genauso habe dieser Kapitalexport durch Verbilligung des variablen Kapitals (Löhne) auf dem Umweg der Verbilligung der Lebensmittel die Steigerung der Ausbeutungsrate (eine von Marx erwähnte Gegentendenz gegen den Fall der Profitrate) ermöglicht. Man fragt sich freilich, warum das möglich war, wenn die Kapitalexporte vorwiegend in Hochlohnländer gingen. Gerade 37% der britischen Kapitalanlagen waren 1913 in der Dritten Welt, davon der größte Teil (indische Eisenbahnen) mit staatlich garantierter Rendite.

– Auch die Weltwirtschaftskrise der Dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts belegt: Kapital wird aus der Peripherie massiv abgezogen. Neuinvestitionen nur in wenigen Branchen (Öl) getätigt.

Beide Phänomene lassen sich als unterschiedliche Aspekte des kapitalistischen Wachstumsprozesses erklären. Hängt dieser Prozeß von der Erweiterung des Marktes durch steigende Masseneinkommen ab, so ergibt sich folgendes Problem: Aufgrund der zwangsläufigen Herausbildung eines Lohngefüges, in dem die Löhne für einzelne Tätigkeiten entsprechend der physischen und psychischen Belastung und der Knappheit von Qualifikationen über die Berufswahl der Arbeitskräfte langfristig um einen Durchschnittslohn schwanken, steigen die Masseneinkommen proportional zur durchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität (± Veränderungen der Kapitalproduktivität und der Terms of Trade). Branchen, in denen die Arbeitsproduktivität unterdurchschnittlich wächst, haben dann steigende Arbeitskosten. Ihre Produktionskosten nehmen gegenüber den Produktionskosten in der Dritten Welt zu. Sobald diese Differenz der Stückkosten in der Produktion größer als die Differenz der Nebenkosten (z. B. höhere Infrastrukturstückkosten in der Peripherie) ist, wird die Peripherie konkurrenzfähig und die betreffende Branche im Zentrum »strukturschwach«.

Der Prozeß des Kapitalexports ist also grundlegend *abhängig vom Wachstum der Arbeitseinkommen* in der Metropole. Allerdings führt auch die Nutzung von Naturreichtümern (Rohstoffen) zu einer Erhöhung der Kosten der Produktion im Zentrum. Da zunächst die günstig zu erschließenden Lager abgebaut werden, müssen immer

schlechtere natürliche Bedingungen der Produktion hingenommen werden: Die Bergwerke werden tiefer, der Rohstoffgehalt der Erze sinkt usw. Diesen Hindernissen wirkt zwar der technische Fortschritt entgegen, doch ist die damit höhere Effizienz auch in der Peripherie zu erzielen. Ein Schaufelbagger zur Förderung von Kupfererz mit einem Metallgehalt von 0,5% im Zentrum fördert in der Peripherie genauso billig Kupfererz mit einem Metallgehalt von 2,5%, so daß die Kosten der Förderung von Erz pro Tonne Metall nur $\frac{1}{4}$ sind.

Die Schere zwischen dem Vorsprung der Produktivität und dem Vorausseilen der Reallehöhe im Zentrum gegenüber der Peripherie hat sich zunächst in den Rohstoffsektoren gezeigt und war die ökonomische Grundlage für die Konkurrenz um Rohstofflager während der imperialistischen Periode, die einen Teil des damals beobachteten Kapitalexports auslöste (ähnliches gilt für ganz neue Rohstoffe, die erst entdeckt oder nutzbar werden). Dieser Kapitalexport findet auch während einer Krise statt, ja, er wird in ihr beschleunigt, da die Unternehmen stärker gezwungen sind, ihre Kosten zu vermindern. Sobald aber die Rohstofflager erschlossen sind, hört – auch wegen des Rückgangs der Nachfrage in Depressionen im Zentrum – dieser Kapitalexport auf. In den 30er Jahren waren nur die sehr kostengünstigen Ölquellen der Dritten Welt nicht erschlossen und gleichwohl konkurrenzfähig auch gegenüber den laufenden Kosten der Kohleproduktion im Zentrum und der amerikanischen Ölproduktion.

Sobald Teile des verarbeitenden Sektors angesichts der im Zentrum wachsenden, in der Peripherie aber eher stagnierenden, manchmal sogar sinkenden Arbeitseinkommen von dieser Schere Produktivitätsentwicklung/Lohnentwicklung betroffen sind, findet Kapitalexport vorwiegend in und im Hinblick auf Wachstumsphasen mit Steigerungen der Arbeitskosten statt.

Die Eingliederung der Peripherie in die kapitalistische Weltwirtschaft ist also primär ein Ergebnis des im Zentrum wirksamen Zusammensangs zwischen Wachstum und steigenden Realeinkommen. Wenn Wachstum durch steigende Realeinkommen bedingt ist, kann dann nicht die allmähliche Auslagerung von Produktion in die Niedriglohngebiete der Peripherie dort doch Arbeitsplätze schaffen und – entsprechend der neoliberalen Theorie (Löhne = Grenzertrag) – die Bildung von Binnenmärkten in der Peripherie mit selbsttragendem Wachstum ermöglichen?

11. Das bloße Eindringen von Ware-Geld-Beziehungen in vorkapitalistische Gesellschaften verschärft die soziale Ungleichheit, wenn keine Gegenkräfte mobilisiert werden können.

Wenn der Kapitalexport aus unterschiedlichen Kostenstrukturen in Zentrum und Peripherie erklärt werden kann, dann gehorcht er im Prinzip ähnlichen Gesetzen wie der Handel. Damit Handel stattfindet, genügt es, daß das Verhältnis zwischen den Produktionskosten von Gütern in verschiedenen Wirtschaften unterschiedlich ist. Nach dem Gesetz der komparativen Kosten ist Handel auch dann sinnvoll, wenn eine Wirtschaft in allen Bereichen Produktivitätsvorsprünge hat, diese aber unterschiedlich groß sind, weil dann das fortgeschrittenere Land sich auf Bereiche spezialisiert, in denen sein Vorsprung am größten, das rückständigere Land auf die Bereiche, in denen der Rückstand am geringsten ist. Der monopolistische Fernhandel mit Luxusgütern ist nur ein Sonderfall dieses Gesetzes.

Zur Begründung der These muß erklärt werden, warum diese Spezialisierung, die zunächst im gegenseitigen Vorteil liegend erscheint, die Dritte Welt benachteiligt. Die Benachteiligung der Dritten Welt geschieht in doppelter Weise: durch *Deformation* und durch *Ausbeutung*. Unter *Deformation* verstehen wir die Herausbildung ökonomischer Strukturen, die auf eine Ausweitung der Massennachfrage nicht mit Produktionssteigerungen reagieren können, und sozialer Strukturen, die durch Machtverhältnisse zuungunsten der Masse der Bevölkerung eine Erweiterung der Massennachfrage nicht zulassen. Der Begriff der *Ausbeutung* ist in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen problematisch, weil die Kategorie des Werts Durchschnittslöhne/-einkommen voraussetzt. Wie soll der Wert der Arbeitskraft eines Schlossers mit dem Wert der Arbeitskraft eines Kleinbauern in der Dritten Welt verglichen werden? Auch für zunächst offensichtliche Ausbeutungsverhältnisse ist deshalb die Quantifizierung schwierig. Zu zeigen ist, daß die schon vorher existierenden inegalitären Strukturen der Gesellschaften der Peripherie (Beispiel: sich auflösende Gemeinschaften) unter dem Einfluß von Marktbeziehungen dazu tendieren, über ein Absinken der Massennachfrage Akkumulation zu erschweren. Verfügen die Gesellschaften der Peripherie nicht über den Wachstumsmechanismus des Zentrums (Massennachfrage schafft Rentabilität), dann ergeben sich Ausbeutung und Deformation zwangsläufig.

Dringen in asiatische Produktionsweisen mit ihrer stark inegalitären Struktur Ware-Geld-Beziehungen ein, so kann die zentralisierte Staatsklasse zunächst versuchen, das Land durch Verstärkung der

bürokratischen Kontrolle, vor allem des Außenhandels, abzuschirmen, wie in China seit dem beginnenden 17. Jahrhundert. Die militärische Überlegenheit der Europäer erlaubte aber selbst in diesem Fall seit dem frühen 19. Jahrhundert eine «Öffnung der Märkte» (China ab 1839, Türkei 1840). Um die neuen Waren kaufen zu können, haben die Beamten ihre Einkommen zu erhöhen (durch Abgaben – »Geschenke« – den Kaufleute oder durch Erhöhung der Ausbeutung der Bauern) und insbesondere reichere Einkommensquellen (bestimmte Ländereien) zu privatisieren versucht. Diese Entwicklung trat dort rascher ein, wo sich die zentralistische Staatsklasse in einer Phase der Auflösung befand (Indien 17./18. Jahrhundert) oder durch europäische Eroberer (Lateinamerika 16. Jahrhundert) vernichtet und (private Grundbesitzer) ersetzt wurde. Verschärftete Ausbeutung bedeutete aber Einschränkung oder Verhinderung eines durch Masseneinkommen bestimmten Binnenmarkts.

Relativ egalitäre Gesellschaften reagieren – nach anfänglichem Widerstand – auf das Eindringen von Marktbeziehungen mit einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit und, unter der Voraussetzung eines zunächst relativ offenen Zugangs zu landwirtschaftlich nutzbarem Boden, mit der Bildung einer Klasse sogenannter agrarkapitalistischer Mittelbauern. Da die Nachfrage des Zentrums nach tropischen Agrarprodukten niemals die Produktion noch des letzten Bauern gebot, konnte nur ein Teil der Bevölkerung gewinnbringend für den Export produzieren; der Rest wurde in Subsistenzwirtschaft zurückgedrängt oder aufgekauft – mit der Folge von Vereindlung statt Ausdehnung der Massennachfrage.

12. Vor dem Eindringen freihändlerischer Marktbeziehungen erlitt die Peripherie in der europäischen handelskapitalistischen Expansion Ausbeutung und Deformation.

Die europäische Expansion erfolgte, vor allem in der handelskapitalistischen Phase des 16., 17. und 18. Jahrhunderts, nicht allein über den Marktmechanismus. Die vielfältigen Formen des *außerökonomischen Zwangs* lassen sich auf folgende Muster reduzieren:

1. Wie bei allem vorkapitalistischem Fernhandel können *Zwischenhandelsprofite* angeeignet werden. Die schrittweise Ausschaltung der arabischen Schiffahrt im Indischen Ozean seit Beginn des 17. Jahrhunderts, das Handelsmonopol mit den Kolonialreichen in Amerika und die Kontrolle der afrikanischen Küste erlaubten die Aneignung solcher monopolistischer Handelsprofite. Gleicher gilt für die Kon-

trolle zwischen einzelnen, formal selbständigen Regionen in der heutigen Dritten Welt, z. B. den Handel zwischen Indonesien, Indien, China und Japan, den europäischen Seefahrtationen seit dem 17. Jahrhundert betrieben. In einzelnen Fällen (Indonesien: 17. Jahrhundert, Indien: 18. Jahrhundert) konnten europäische monopolistische Kompanien sich über Zwischenhandelsprofite im Binnenhandel Mehrprodukt aneignen.

2. Durch die *Ersetzung einheimischer Staatsklassen* konnte das bisher von diesen eingetriebene Mehrprodukt für Zwecke der Vertreter des Zentrums verwendet werden. Hier ist auf die Ersetzung der »Aristokratien« der indianischen Hochkulturen durch spanische Siedler (*encomenderos*) oder die Übernahme der Steuereinnahmen indischer Fürsten durch die englische Ostindienkompanie zu verweisen.

3. Im Falle der Übernahme der politischen Kontrolle durch das Zentrum konnte versucht werden, die Ausbeutungsrate zu erhöhen. Die *Zwangsarbeit* der Indianer in den Bergen Lateinamerikas und auf den Gütern spanischer Großgrundbesitzer war mit einer solchen Steigerung der physischen Belastung verbunden, so daß im 16. Jahrhundert in den Kolonisationsgebieten Spaniens die Bevölkerung rasch abnahm.

4. Die Kontrolle von Seerouten, die Verfügbarkeit von Produkten, die in der Dritten Welt wertvoll erschienen (auch wenn sie in Europa billig produziert werden konnten; Beispiel: Glasperlen) und die Kontrolle von leicht zu verteidigenden Territorien begünstigten die Anwendung der *Sklaverei*. Eine Gesellschaft der Dritten Welt fing Sklaven (in Afrika), verkaufte sie an europäische Händler, die sie in Lateinamerika, vor allem auf den westindischen Inseln verkauften. Sklaverei ist rentabel, wenn die Arbeitskraft von der Sklaven fangen den Gesellschaft an die Sklaven einsetzende Gesellschaft so billig geliefert wird (einschließlich der Transportkosten und der Zwischenhandelsprofite), daß die »Aufzucht« von unfreien Arbeitskräften teurer ist.

Dieses Kostenkalkül muß noch durch die bei Sklaverei im Vergleich zur Zwangsarbeid niedrigeren Kosten der Herrschaftssicherung der Ausbeuter ergänzt werden. Die räumliche Distanz zwischen der Bevölkerung, die Kinder aufzieht, die als Sklaven gefangen werden (können), und den im Produktionsprozeß eingesetzten Sklaven erlaubt, anders als bei der Zwangsarbeid, eigene Repressionsmittel geographisch auf das Produktionsgebiet zu beschränken, also die Kosten der Herrschaftssicherung zu vermindern.

Die Aneignung von Handelsprofiten und bestehenden Steuerquellen sind übliche vorkapitalistische Ausbeutungsformen, die Aneignung von Mehrprodukt durch die von den europäischen Kolonisato-

ren eingeführte Intensität der Zwangsarbeit und Sklaverei bezeichnete ich als *handelskapitalistisch dominierte Ausbeutungsformen*. Die Möglichkeit des europäischen Handelskapitals, sich seit dem 16. Jahrhundert weltweit Arbeitskraft zu beschaffen, gestattete ihm, anders als z. B. den Staatsschichten asiatischer Produktionsweisen, die Arbeitsbelastung ohne Rücksicht auf die Reproduktion der ausbeuteten Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Am rationalesten wurde die Erpressung von Mehrarbeit ohne Bezahlung der Reproduktionskosten mit dem Mittel der Sklaverei erreicht: die europäischen Pflanzer beutterten Sklaven aus, indem sie ihnen häufig so wenig zum Leben ließen, daß sie nach sieben Jahren starben, und kauften neue Sklaven unter den Kosten der »Aufzucht« von Sklavenkindern. Die *Reproduktionskosten wurden also auf andere Gesellschaften überwälzt*. Der Sklavenhalter bezahlte nur die minimale Subsistenz der Sklaven während des arbeitsfähigen Alters.

Weniger grausame Formen der Erzwingung von Arbeit (Zwangarbeit, Kopf- und Hüttensteuer) sind auch im 19. und 20. Jahrhundert vor allem in Afrika zu beobachten. Wanderarbeit in der Dritten Welt, aber auch die exportorientierte Agrarproduktion stellen Arbeitsformen dar, bei denen nicht die gesamten Reproduktionskosten bezahlt werden müssen. Wanderarbeiter leben während der Kindheit und im Alter von der Produktion ihrer zurückgebliebenen Familien, denen sie Ersparnisse aus der Arbeit im fremden Land schicken. Diese Ersparnisse können kleiner sein als die Kosten des Lebensunterhalts in der nichtarbeitsfähigen Periode. Bei agrarischer Exportproduktion wird ein großer Teil der Subsistenzmittel von den Produzenten selbst erzeugt. Auf Plantagen wird ein Stück Land gegen Leistung von Arbeit auf der Plantage überlassen, auf dem die Familie Nahrungsmittel auch für das auf der Plantage arbeitende Familienmitglied anbaut. Im Fall kleinbäuerlicher Produktion wird ein Teil der Arbeitszeit für Subsistenzproduktion aufgewandt, ein anderer Teil für »cash crops«. Sobald die Reproduktion der Ware Arbeitskraft durch diese Subsistenzsektoren gesichert ist, kann der Preis der Arbeitskraft im Fall der Plantage, der Preis der »cash crops« im Fall der kleinbäuerlichen Produktion gegen Null tendieren, weil diese Produkte nicht mehr anteilig die Kosten der Reproduktion der Arbeiter-/Bauern-/Pächterfamilie erwirtschaften müssen.

Zwangarbeit, Sklaverei, aber auch die Spezialisierung auf Produkte, bei denen weiterhin die landwirtschaftlichen Subsistenzsektoren die Reproduktion von Arbeit »finanzieren«, erlauben eine Aneignung von Arbeit zu einem Preis unter den Reproduktionskosten, die zu einem je unterschiedlichen Grad außerhalb des »kapitalistischen« oder des für handelskapitalistischen Export produzierenden Sektors aufgebracht werden müssen.

Angesichts der hohen Ausbeutungsrate entsteht kein Binnenmarkt für Massenkonsumgüter und für einfache Investitionsgüter für die Landwirtschaft (Ausnahme: landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung in Gesellschaften mit relativ egalitärer Bodenverteilung; Beispiel: Taiwan), so daß die Investitionsmöglichkeiten begrenzt bleiben. Schon deshalb wird das Mehrprodukt tendenziell in das Zentrum transferiert. Allerdings standen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht-marktförmige Mechanismen des Retransfers dieses Mehrprodukts im Vordergrund (soweit dieses Mehrprodukt nicht für den Luxuskonsum von Pflanzern usw. verschwendet wurde). Dazu gehören der Retransfer mit dem Mittel der Steuereintreibung für die Metropole und die Aneignung von Profiten im Handel durch die Fernhändler (z. B. Konflikt Pflanzer – monopolistische Händler in der Karibik).

13. Die Deformation der Peripherie durch Niederkonkurrenz ihrer gewerblichen Produktion

Es gibt eine breite Literatur, die die These zu vertreten sucht, daß Europa schon im Mittelalter allen übrigen Gesellschaften bei der gewerblichen Produktion überlegen war. Zu Recht verweisen andere Autoren auf die großen technischen Erfindungen der asiatischen Produktionsweisen. Gerade im Textilsektor war bis Anfang des 19. Jahrhunderts die indische Produktion noch wettbewerbsfähig selbst auf den europäischen Märkten, wie die Wiedereinführung von Schutzzöllen Ende des 18. Jahrhunderts zeigt. Aber auch afrikanische Textilien wurden zu Beginn der europäischen handelskapitalistischen Expansion in Europa verkauft. Dennoch ist davon auszugehen, daß angesichts der Ausrichtung gerade des technologisch fortgeschrittenen Teils der gewerblichen Produktion auf Luxuskonsum in den asiatischen Produktionsweisen Europa bei der arbeitsparenden Herstellung von gewerblichen Produkten einen Vorsprung hatte. Der häufige Hinweis auf die schlechte Qualität englischer, die hohe Qualität indischer Tuche ist ein Beleg.

Dennoch war dieser Vorsprung nicht ausreichend, um für die europäische gewerbliche Produktion große Märkte in Übersee zu erschließen. In der handelskapitalistisch dominierten Phase sind deshalb widersprüchliche Tendenzen zu beobachten. Monopolistische Handelskapitale hatten grundsätzlich kein Interesse an der Förderung der gewerblichen Produktion im Zentrum. Ihr Ziel war es, über Produkte möglichst billig zu verfügen, die unter monopolistischen Bedingungen möglichst teuer verkauft werden konnten. Die englische Ostindienkompanie hat indische Tuche auf der ganzen Welt verkauft,

sogar – wegen des Widerstands der englischen Weber allerdings erfolglos – den englischen Markt für indische Tuche zu öffnen gesucht und die technische Entwicklung dieses Sektors in Indien durch Ausbildungsmaßnahmen gefördert (Ende 17. und 18. Jahrhundert). Genauso hat die spanische Krone den Aufbau von Manufakturbetrieben in ihren amerikanischen Kolonien gefördert (16. Jahrhundert).

Dennoch sind frühzeitig auch staatliche Maßnahmen gegen die gewerbliche Produktion in der Peripherie zu beobachten, so der Befehl der portugiesischen Krone zu Anfang des 16. Jahrhunderts, in Afrika gewerbliche Produktionspotentiale zu zerstören (daß afrikanische Städte schon in dieser Zeit Einwohnerzahlen um 50 Tausend erreichten, ist in Europa weitgehend unbekannt), oder die Verweigerung der Lieferung erbetener technischer Hilfe an das afrikanische Königreich Kongo (16. Jahrhundert). Diese Produktionsverbote stehen in der Tradition des mittelalterlichen Monopolsystems, in dem Städte den Bauern des Umlands die Heimindustrie verboten und später die Kronen zur Steigerung ihrer Devisenerlöse die eigene gewerbliche Produktion schützten.

In dem Maße, wie sich der Überseehandel ausweitete und die Europäer weiterhin über keine ausreichende Rohstoffgrundlage für Exporte verfügten, mußte sich zwangsläufig, z. B. in den englischen Kolonien der Karibik und Nordamerikas, die Politik der Produktionsverbote verstärken, die allerdings in den amerikanischen Siedlungskolonien des Nordens, die keine *eigenen* Exportgüter hatten, sehr selektiv war und Eisen- oder Schiffsproduktion während der gesamten Kolonialzeit zuließ. Neben dieser Ausweitung des Imports überseeischer Produkte nach Europa wirkten die politische Schwäche des Handelskapitals in England und die internationale Rivalität der sich herausbildenden Territorialstaaten auf eine Reservierung der überseeischen Märkte für die europäische gewerbliche Produktion hin.

Dem monopolistischen Handelskapital in England gelang es nicht, die englische gewerbliche Produktion mit billigeren Produkten niederzukonkurrieren. Im Interesse der Erhöhung der Beschäftigung (und der Profite der anderen handelskapitalistischen Fraktionen) hat zunächst England äußere Märkte der eigenen gewerblichen Produktion zu reservieren gesucht. Dazu gehörten neben den englischen Kolonien seit Mitte des 17. Jahrhunderts Portugal und sein Weltreich, seit 1713 Spanien. Die Schlesischen Kriege in Deutschland sind lediglich ein Nebenschauplatz einer umfassenderen Auseinandersetzung zwischen England und den bourbonischen Königreichen Frankreich und Spanien um die Kontrolle des spanischen Markts vor der endgültigen Abschaffung der kolonialen Handelsmonopole in

Spanisch-Amerika 1788. Als spätestens im 18. Jahrhundert deutlich wurde, daß ohne eine eigene Manufaktur Kriege nicht mehr geführt werden konnten, haben alle europäischen Mächte in einer Art von »aufgeklärtem Absolutismus« die Förmierung von Handel, Landwirtschaft und Gewerbe betrieben, selbst die damals schon rückständigen Portugal und Spanien, und sich dabei auf koloniale Märkte zu stützen versucht.

Die Armut Europas an exportfähigen Rohstoffen, der in Europa im Vergleich zur Peripherie erfolgreiche Widerstand der Produzenten und die Notwendigkeit für die europäischen Kronen, sich in der internationalen Rivalität der Staaten zu behaupten, haben vor der industriellen Revolution dazu geführt, daß »geöffnete« Überseemärkte zur Stützung der europäischen Produktion gebraucht wurden. Die Verarmung dieser Gebiete durch Ausbeutung (die im Widerspruch zu ihrer Nutzung als Absatzmarkt steht) hat gleichzeitig ihre Spezialisierung auf Rohprodukte (gegen gewerbliche Waren) erleichtert: Mit der Verminderung gerade der Einkommen der Privilegierten verlor der entwickeltste Sektor des peripheren Handwerks seinen Markt (Indien 18. Jahrhundert).

Mit dem Durchbruch zur industriellen Revolution erlangten zunächst England, dann Europa und Nordamerika Konkurrenzvorteile, die ihnen erlaubten, zwar nicht überall in der Dritten Welt die gewerbliche Produktion niederzukonkurrieren, aber doch auf vielen Märkten der Dritten Welt kostengünstiger Anbieter zu werden. Die Zerschlagung der indischen Baumwollweberei, der »Aufstieg Lancastershires auf den gebleichten Knochen der indischen Weber«, ist ein seit Marx häufig genanntes Beispiel, doch lag der Anteil der heimischen Produktion auch 1880–81 bei 40%, als Indiens Anteil an den Baumwolltextilexporten des Weltreichs nach China und Japan schon 35% betrug.

Doch letztlich widerlegen Beispiele für die Fortdauer starker gewerblicher Sektoren in der Peripherie trotz europäischen Konkurrenzdrucks nicht die These von der »Zerschlagung« der gewerblichen Produktion in der Periode des Freihandels (der im übrigen nicht gewaltlos war. Damit sich die europäische Konkurrenzfähigkeit auswirken konnte, mußten die Märkte erst einmal militärisch geöffnet werden, Türkei 1840, China 1839). Entscheidend ist nämlich, daß die handwerkliche Produktion der Dritten Welt vor allem in verkehrsgünstig liegenden Gebieten (Inneres Lateinamerikas, Kano in Nigeria) überlebte. In den verkehrsgünstig gelegenen Regionen der Peripherie, in denen sich gerade wegen der günstigen Verkehrs- und Binnenhandelsbedingungen auch die jeweils produktivste gewerbliche Produktion gebildet hatte, wirkte sich die europäische Konkurrenz am stärksten aus. Die Peripherie verlor die eigenen Wachstums-

zentren und behielt die schwächsten gewerblichen Produktionspotentiale.

Diese Spezialisierung mußte auch der sich aus Großgrundbesitzern, Mitgliedern der sich auflösenden Staatsklasse und heimischen Kaufleuten bildenden Kapitalistenklasse ökonomisch rational erscheinen: Weil die Nachfrage nach Rohstoffen aus der Peripherie im Zentrum wegen der Erschöpfung heimischer Rohstofflager (Beispiel: Kupfer) oder wegen der Erhöhung der Masseneinkommen in Europa (Beispiel: im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt rascher wachsender Kaffeeverbrauch im Zentrum bis zum Ersten Weltkrieg) zunahm, waren die Preise für solche Rohstoffe hoch und die Preise für gewerbliche Produkte niedrig. Die Profitraten waren dann in der Peripherie im Rohstoffsektor höher als in der gewerblichen Produktion.

Angesichts der schon vor der europäischen Expansion im 16. Jahrhundert in der Peripherie niedrigen Masseneinkommen und ihrer Absenkung durch koloniale Ausbeutung konnten allerdings die begrenzte Nachfrage nach Arbeitskräften in diesen Rohstoffsektoren und das in der Peripherie ungünstigere Kräfteverhältnis zwischen Privilegierten und Arbeitskräften nicht zur Bildung eines breiten Massenmarkts führen.

14. Der Kapitalexport und der Handel mit den Zentren haben in der Peripherie keine akkumulationsfähigen Strukturen geschaffen.

Die durch starke Ungleichheit gekennzeichneten Gesellschaftsstrukturen der Peripherie werden durch den Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Kapitalexport nicht grundlegend aufgebrochen und durch die neue Welle der Kolonialisierung (Afrika) in widersprüchlicher Weise verändert. Die Ursachen der verstärkten Eingliederung der Peripherie in die Weltarbeitsteilung wurde oben behandelt. Daß dabei ausländisches und nicht lokales Kapital akkumulierte, ergibt sich aus dem erheblichen technischen Know-how der bis dahin im Zentrum operierenden Firmen. Überwiegend handelte es sich um Rohstofffirmen, die eine nur geringe Nachfrage nach Arbeitskräften erzeugten. Aber auch die sich schon Ende des 19. Jahrhunderts entwickelnde exportorientierte verarbeitende Industrie (z. B. in Indien) hat die Arbeitsmärkte nicht zugunsten der Unterprivilegierten umstrukturiert.

Ausländisches Kapital in der Peripherie mußte die bestehenden Herrschaftsstrukturen verstärken, zumindest in bezug auf die Be-

nachteiligung der Unterprivilegierten. Kapitalistische Unternehmer sind durch die Konkurrenz zur Senkung der Kosten gezwungen, auch der Kosten des Faktors Arbeitskraft. Die These, daß kapitalistisches Wachstum an steigende Masseneinkommen gebunden ist, besagt nicht, daß die kapitalistischen Unternehmen steigende Masseneinkommen durchsetzen können, da sie vorrangig an der Steigerung der Löhne anderer Unternehmen interessiert sind, die für sie Kaufkraft darstellen, aber nur die eigenen Löhne direkt beeinflussen können, die für sie Kosten sind. Unter der Voraussetzung, daß Herrschaftsstrukturen bestehen, mit denen niedrige Löhne durchgesetzt werden können, stützt Auslandskapital diese Strukturen, und zwar in dem Maße, wie durch Marktbeziehungen geschwächte herrschende Klassen (z. B. Staatsklassen) Gefahr laufen, ihre Repressionsfähigkeit zu verlieren.

Ähnlich versuchten Kolonialmächte, die Kosten kolonialer Präsenz durch Stärkung der Macht lokaler privilegierter Klassen zu senken (z. B. in der Form der indirekten Herrschaft, der Umwandlung von Steuereintreibungsrechten in Großgrundbesitz).

15. Gesellschaftliche Ungleichheit führt unter Einwirkung kapitalistischer Systeme von außen zu struktureller Heterogenität. Strukturelle Heterogenität festigt gesellschaftliche Ungleichheit.

Die Ausweitung von Marktbeziehungen und die (partielle) Eingliederung der Wirtschaften der Peripherie in die kapitalistische Weltwirtschaft haben auch ohne monopolistische Handelsstrukturen zur Folge, daß die Ökonomien der Peripherie deformiert werden. Die Deformation der Peripherie kann nicht an der Höhe der Exportquote oder dem geringen Grad der Verflechtung des Exportsektors mit der übrigen Wirtschaft gemessen werden. Beides sind Phänomene, die nur (und nicht notwendiger) Ausdruck struktureller Heterogenität sind. Diese strukturelle Heterogenität läßt sich ökonomisch als sektorales Auseinanderklaffen der Faktorproduktivitäten definieren.

Die aufgrund des Wachstums des äußeren Marktes sich in der Peripherie entwickelnden Produktivkräfte sind (wie alle Exportsektoren) auf einzelne Branchen beschränkt. Die Arbeitsproduktivität ergibt sich aus dem Weltmarkterlös und der Zahl der eingesetzten Arbeitsstunden. Da in den Erlösen Differentialrenten versteckt sind, werden überdurchschnittliche Profitraten erzielt. Gleichzeitig wird – finanziert aus den Exporterlösen, häufig, zumindest seit Ende des 19. Jahrhunderts in den Bergbausektoren – moderne Technologie

angewandt, die nicht einheimische Produktivkraftentwicklung wider spiegelt. Werden in einzelnen Fällen lokale Vorprodukte eingesetzt, so kommt es durchaus zu Verflechtungen mit dem lokalen Produktionsapparat, auch wenn z. T. die von nichtökonomischen Faktoren bestimmte Technologiewahl einen solchen Einsatz von Vorprodukten ausschließt (Beispiel: Raffinerie, die nur Importöl verarbeiten kann).

Solange aber die Herstellung solcher Vorprodukte nicht dazu führt, daß Vorproduktkapazitäten (und Exportkapazitäten) bei Wegfall des äußeren Markts für andere Zwecke genutzt werden können, bleiben sie vom Export abhängig. Um eine solche Vermaschung zu bewirken, müßte der Exportsektor so stark wachsen, daß über die Verknappung des Faktors Arbeit ein Binnenmarkt entsteht, der durch wachsende Arbeitseinkommen gebildet wird. Nur in diesem Fall

- steigen in allen Sektoren die Kosten, so daß sich die Anwendung von Technologie generalisiert,
- entsteht ein breiter Markt für Massenkonsumgüter, der die Entwicklung eigener (oder die Anpassung importierter – in der Form kreativer Übernahme) Technologie ermöglicht.

In allen Sektoren steigende Arbeitseinkommen und Ausweitung des Massenkonsums sind die Bedingungen für den Aufbau eines heimischen Maschinenbausektors. Ohne diese Bedingungen sind die Arbeitskosten und die Technologieausstattung sektorale unterschiedlich – mit der Folge, daß die in Preisen gemessene Produktivität (größere Unterschiede der Arbeitskosten) verschiedener Branchen sehr unterschiedlich ist. Die Kosten der Aufnahme der Produktion zur Substitution von bisherigen Importen werden in vielen Sektoren prohibativ. Die soziale Ungleichheit, die die verstärkte Exportorientierung nicht durch Anspannung auf den Arbeitsmärkten mildert, begünstigt eine Produktionsstruktur, die auf Veränderungen der Nachfrage nicht „flexibel“ reagiert, weil der Produktionsapparat nicht selbst Technologie entsprechend den eigenen Faktorkosten und der Grenzproduktivität dieser Faktoren in verschiedenen Verwendungen herstellen kann. Hier liegt der entscheidende Unterschied zu den kleinen kapitalistischen Ländern (Beispiel: Schweiz) mit hoher Exportquote.

Ändern sich in einer Wirtschaft mit eigener Maschinenbaukapazität (die keineswegs Autarkie in diesem Sektor voraussetzt) die Erlöse für Exportprodukte durch Verminderung der Weltmarktnachfrage, dann sinkt die Profitrate im Exportsektor. Ausreichende Gesamtnachfrage vorausgesetzt, werden Investitionen in anderen Sektoren rentabel und führen zur Bestellung von Maschinen, die im Fall eines sich verschlechternden Wechselkurses von einheimischen Produzenten bezogen werden können. Sind solche Maschinenproduzenten aber entwe-

der nicht vorhanden oder nicht in der Lage, selbst bei steigenden Preisen für ausländische Maschinen (weil sie mit durch den Wechselkursverfall teureren Devisen bezahlt werden müssen) solche Investitionsgüter herzustellen, wird sich der Rückgang der Weltmarktnachfrage nicht in einer veränderten Produktpalette ausdrücken: Sinkende Deviseneinnahmen bedeuten geringere Exportkapazität, so daß wegen fehlender oder nicht ausreichender Investitionsgüter der Produktionsfaktor Arbeit nicht für neue Produkte eingesetzt werden kann.

Sobald die Differenz der Produktivität bei der Herstellung von Produktionsmitteln im Vergleich zum Zentrum so groß wird, daß selbst bei hohen Wechselkurschwankungen (und zusätzlichem Zollschutz) eine eigene Produktionsmittelproduktion „unmöglich“ ist, können die Produktionsfaktoren nicht mehr flexibel sein. *Strukturelle Heterogenität ist die Unfähigkeit eines ökonomischen Systems, auf Veränderungen der relativen Preise durch Veränderungen des Faktoreinsatzes entsprechend den neoliberalen mikroökonomischen Theorien zu reagieren.*

Sie ist die *Folge der gesellschaftlichen Ungleichheit* bei Eindringen von Marktbeziehungen. Das Eindringen von Marktbeziehungen erzeugt nicht eine Nachfrage, die Knappheit auf den Arbeitsmärkten hervorrückt, da das kapitalistische Zentrum mit seinem auf Binnenmärkte gestützten Wachstum bevölkerungsmäßig zu klein war und ist, um über die verschiedenen Mechanismen der Auslagerung von Produktion große Teile der peripheren Arbeitskraft zu beschäftigen. Wird die soziale Ungleichheit durch das *quantitativ* (die Art der Produkte ist nicht wichtig – es sei denn, daß bestimmte Produktionen zu intensiveren Formen sozialer Konflikte mit Auswirkungen auf die Massenarbeitsmacht führen als andere, z. B. Landarbeiter/Industriearbeiter) beschränkte Eindringen des Kapitalismus noch verstärkt, dann wirken sich im zentralen Kapitalismus vorhandene Mechanismen des Wachstums der Gesamtnachfrage nicht aus, nämlich Multiplikator und Akzelerator.

Soziale Ungleichheit führt, dringt der Kapitalismus von außen ein, zu einer Begrenzung der kapitalistischen Wachstumsmechanismen – die Arbeitsmärkte werden nicht verändert. Es fehlt an einheimischen Kapazitäten für die Produktionsmittelproduktion, wodurch der Preismechanismus nicht zur Flexibilität der Produktionsfaktoren beitragen kann.

Eine nach solchen Deformationen des Produktionsapparats erfolgende Erhöhung der Masseneinkommen kann ohne umfangreiche, durch den Preismechanismus nicht zu steuernde Eingriffe in den Produktionsapparat nicht eine für diese Massennachfrage ausreichende Produktionssteigerung auslösen, sondern hat notwendig Inflation und Handelsbilanzdefizite zur Folge.

16. Die Überwindung von Unterentwicklung erfordert selektive Kooperation mit dem kapitalistischen Zentrum und führt erst zu der Fähigkeit, sich in ein marktwirtschaftliches Weltwirtschaftssystem zu integrieren.

Die Frage, warum sich in der Peripherie kein dem kapitalistischen Wachstumsprozeß des Zentrums vergleichbares System trotz der jahrhundertelangen Koexistenz von unterentwickelter Peripherie und sich entwickelndem Zentrum hat bilden können, kann von verschiedenen Befunden aus erwogen werden. Nach den bisherigen Überlegungen können zwei verbreitete Annahmen ausgeschlossen werden, nämlich daß die Peripherie ausgebeutet wurde (sobald auch nur ein geringes Mehrprodukt verfügbar war, hätte ein Akkumulationsprozeß auch für Massenbedürfnisse stattfinden können), und daß die Peripherie Handel mit dem Zentrum getrieben hat, weil eine intensive Handelsbeziehung möglicherweise durch Eingliederung des gesamten Arbeitspotentials in den »modernen« Sektor die Grundlage für Entwicklung gelegt hätte.

Anzusetzen ist vielmehr an der schon vor dem Eindringen des Kapitalismus bestehenden Sozialstruktur mit ihrer starken Ungleichheiten (bzw. einer ökonomischen Grundlage für rasche Differenzierungsprozesse bei niedriger Arbeitsproduktivität, so daß die begrenzte äußere Nachfrage zu einem weiteren Gesamtmarktüberschluß führt, daß das Grenzprodukt vieler Arbeitskräfte unter den Grenzerlös fällt). Die Peripherie konnte keine komparativen Vorteile bei der Herstellung einfacher verarbeiteter Konsumgüter erlangen. Exportprodukte waren Rohstoffe. Es kam zur Bildung entweder einer in Bergbauregionen isolierten Arbeiterschaft oder einer schwer organisierbaren Landarbeiterklasse bzw. Klein- und Mittelbauernklasse. Ohne frühzeitige Erweiterung der Massenmärkte traten ökonomische Deformationen auf, die jeden gesellschaftlichen Wandel erschwerten und die bestehenden Herrschäfts- und Distributionsverhältnisse zementierten. Widerstandspotentiale wurden erst umgesetzt, wenn die Radikalisierung der Unterpräzessoren informistische Maßnahmen der Einkommensverteilung ausschlossen. Der Standort der Herrschaftsstrukturen entspannt die Radikalisierung des Widerstands und beides die Intflexibilität des Produktionsapparats. *Widerstandsbewegungen in der Peripherie, an denen die Opfer für der Dritten Welt reicht, schlagen sich anders als die sozialen Bewegungen im Zentrum nicht in einer flexiblen Anpassung des Produktionsapparats nieder.*

Entwicklungsstrategien, die diese Einkommensverteilungs- und Herrschaftsstrukturen nicht grundlegend verändern, werden in bezug

auf die Überwindung von Unterentwicklung durch Wirtschaftswachstum für den Massenmarkt kontraproduktiv. Dies gilt für die »nach innen gerichtete« importsubstituierende Industrialisierung, die exportorientierte Industrialisierung und die Verbesserung der Austauschbedingungen (*terms of trade*) durch Erhöhung der Rohstoffpreise.

Die importsubstituierende Industrialisierung, wie sie vor allem seit der Krise der 30er Jahre in Lateinamerika verfolgt wurde, hat – trotz z.T. steigender Arbeitseinkommen in der Industrie – die Arbeitsmärkte nicht grundlegend verändert. Solange die jährliche Steigerung der industriellen Produktion nicht deutlich über 6% liegt, nimmt das Arbeitsplatzangebot im verarbeitenden Sektor ab. Ohne massive Ausweitung der Beschäftigung blieb die Nachfrage von Schichten mit hohem Einkommen dominant. Geringe Produktionsserien für eine Vielzahl von Produkten erlaubten nur in geringem Umfang eine heimische Produktionsmittelproduktion mit geringen Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen in der Peripherie, aber mit großen Problemen durch Handelsbilanzdefizite und Kapitalmangel (Kapitalabfluß wegen fehlender rentabler Investitionsmöglichkeiten).

Insofern ist die exportorientierte Industrialisierung möglicherweise ein Fortschritt für die Dritte Welt. Der Investitionsbedarf pro Arbeitsplatz und die Qualifikationsintensität sind im Regelfall niedriger.

Die Kritik, die an dieser Strategie häufig deshalb vorgebracht wird, weil sie von multinationalen Konzernen betrieben wird, ist oft falsch formuliert: Daß die multinationalen Konzerne zu kapitalintensive Arbeitsplätze schaffen, wird durch einen Vergleich mit der hohen Kapitalintensität in »nationalen« privaten und öffentlichen Unternehmen der Peripherie widerlegt. Daß die multinationalen Konzerne überdurchschnittlich häufig gebrauchte Technologie verwenden, steht zu dieser Kritik in Widerspruch und ist ein Mittel zur Steigerung der Beschäftigung. Die These höherer Ausbeutung kann zwar mit höheren Profitraten der Filialen multinationaler Konzerne belegt werden; dies führt jedoch nicht zu einer Verschlechterung der Einkommen und der Arbeitssituation der abhängig Beschäftigten. Die geringe Vermaschung mit der lokalen Produktion ist zwar nachweisbar, aber durch den insgesamt noch geringen Umfang der Auslagerung bedingt. Sind Kostensenkungen über die gegenwärtige Verbilligung der Produktion durch Nutzung billiger Arbeitskräfte in großem Ausmaß dadurch erreichbar, daß mehr billige Arbeitskräfte mit Technologie, die den Faktorkosten der Peripherie angepaßt ist, beschäftigt werden, dann steht zu erwarten, daß die Kostenkonkurrenz die Konzerne dazu zwingt, solche Technologien zu entwickeln, sobald die Auslagerung einen solchen Umfang erreicht, daß die Ersparnis ins Gewicht fällt. Im Prinzip gilt dies auch für die fehlende »Verma-

schung» aufgrund der Anwendung konzernintern produzierter Vorprodukte, allerdings mit der Einschränkung, daß das große Gewicht konzernspezifischer Technologien das Umsteigen auf in der Dritten Welt produzierte Vorprodukte erschwert. Fehlende Akkumulation durch Gewinntransfer ist eine Folge ökonomischen Verhaltens und damit der Rahmendaten, die die periphere Ökonomie setzt: Ohne Expansion der Massenmärkte gibt es zu wenig rentable Investitionsmöglichkeiten.

Zwei Argumente sprechen gegen den Erfolg einer exportorientierten Industrialisierung:

- Wegen der anfangs sehr niedrigen Profitraten in der Landwirtschaft kann ausländisches Kapital den Agrarsektor nicht in einen produktiven und beschäftigungsintensiven Zweig verwandeln und hier einerseits Massennachfrage, andererseits Produktion für die Befriedigung von Grundbedürfnissen schaffen.
- Wegen des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung wird die exportorientierte Industrialisierung nicht die Arbeitsmärkte so verändern, daß durch breitgestreute Masseneinkommen ein breiter Binnenmarkt entsteht.

Ohne diese beiden Bedingungen dauert strukturelle Heterogenität als Wachstumsbarriere fort (Elsenhans 1979 b; 20).

Die Forderung der Dritten Welt nach Erhöhung der Rohstoffpreise könnte die finanziellen Mittel erbringen, um durch komplementäre Maßnahmen eine ökonomische und gesellschaftliche Struktur zu schaffen, in der Massennachfrage und Produktion für Massenbedürfnisse dominieren, mit der Folge, daß ausländische Investitionen auf einen Arbeitsmarkt stoßen, auf dem durch allmähliche Verknappung von Arbeitskraft die Reallöhne analog zum Zentrum steigen. Daß Rohstoffpreisseigerungen sowohl für bergbauliche als auch für agrarische Produkte durch die Aneignung von Differential- und Verbraucherrenten möglich sind, wurde an anderer Stelle nachgewiesen (Elsenhans 1976 c; 122-129, 1979 b; 19). Der zu solchen Preissteigerungen notwendige Ausbau bürokratischer Verfügung über das Mehrprodukt bewirkt jedoch, daß eine *Staatsklasse* entsteht, die die angeeigneten Fonds nicht notwendig investiert (Elsenhans 1976 d; 257, 192; 34). Nur unter bestimmten Voraussetzungen wird eine solche Staatsklasse die Überwindung von Unterentwicklung anstreben. Dies setzt vielmehr die Umstrukturierung der Einkommensverteilung durch Agrarreformen und komplementäre Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft voraus, so daß auf dem Lande ein Massenmarkt für Konsumgüter und Produktionsmittel entsteht. Durch gleichzeitige Steigerung der Agrarproduktion können die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung nach mehr Nahrungsmitteln aus eigener Produktion befriedigt werden (Elsenhans 1974; 173-178). Eine solche

Umverteilung der Böden und Einkommen schaffte in der Landwirtschaft Beschäftigung und würde die Arbeitsmärkte verändern. Ein steigender Angebotspreis für unqualifizierte Arbeit wäre die Folge. Produktionsauslagerungen aus dem Zentrum hätten unter dieser Voraussetzung wenigstens über die Verbrauchsnachfrage multiplikative Effekte und erweiterten den Binnenmarkt zuerst über den Multiplikator, dann über den Akzelerator.

Das Funktionieren kapitalistischer Wachstumsmechanismen in peripheren Ökonomien setzt also die Überwindung struktureller Heterogenität voraus (auch wenn zunächst die Produktivität und damit die Einkommen noch niedrig sind) *und resultiert nicht automatisch aus einer weiteren Eingliederung vorhandener Strukturen in den Weltmarkt*. Strukturreformen in ökonomisch deformierten Gesellschaften sind – trotz der Bedeutung der Planung (z. B. zum Aufbau von Vorprodukteindustrien für die Landwirtschaft) und anderen nicht marktförmigen Eingriffen (staatliche Aneignung von Knappheitsrenten auf dem Binnenmarkt, Differential- und Verbraucherrenten im Export) – als Parallelen zu der Beeinflussung der Gesamtnachfrage durch Steigerung der Masseneinkommen (bei gleichzeitiger Steuerung der Produktion durch den Markt) im Zentrum zu sehen und bilden die Grundlage dafür, daß Marktsteuerung zur Befriedigung von Massenbedürfnissen führen kann. Politische und gesellschaftliche Strukturen in der Dritten Welt behindern allerdings eher solche Strukturreformen, als daß sie diese begünstigen.

17. Das Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum verändert sich durch die exportorientierte Industrialisierung grundlegend. Dem Zentrum droht die Gefahr der Peripherisierung. Sozialer Fortschritt im Zentrum und Überwindung von Unterentwicklung in der Peripherie durch Strukturreformen werden komplementär.

Die kapitalistische Weltwirtschaft ist heute an einem Wendepunkt angelangt: Gelingt es nicht, in der Dritten Welt gesellschaftliche und ökonomische Strukturen herzustellen, die die Masseneinkommen begünstigen, wird auch das kapitalistische Zentrum peripherisiert. Die dann drohende Massenarbeitslosigkeit im Zentrum ist weder eine Chance für die internationale Durchsetzung des Sozialismus noch für die »Emanzipation« der Peripherie.

Wenn kapitalistisches Wachstum von der Steigerung der Masseneinkommen abhängt, dann ergibt sich folgendes Problem: Sobald die Realeinkommensunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie die

Produktivitätsunterschiede in Sektoren, die für die Beschäftigung im Zentrum entscheidend sind, übersteigen, wird ausgelagert. Relative Hochlohnarbeitsplätze werden durch Niedriglohnarbeitsplätze ersetzt. Da die Arbeitsmarktstrukturen in der Peripherie nur begrenzt Lohnsteigerungen zulassen (Beispiel: Steigende Reallöhne in Singapur führen zur Auslagerung nach Malaysia etc.), kann der Nachfrageausfall nur mit Reallohnsteigerungen in der Metropole aufgefangen werden. Diese müssen der Verbesserung der *terms of trade* zwischen dem ausgelagerten Sektor und den verbleibenden Branchen wegen höher als die Steigerung der Arbeitsproduktivität sein (± Veränderung der Kapitalproduktivität). Der Kostendruck auf »strukturschwache« Branchen beschleunigt sich. Lohnzurückhaltung führt zu unzureichender Nachfrageexpansion, angemessene Lohnsteigerungen beschleunigen die Auslagerung. Die drohende Folge ist *Peripherisierung des Zentrums* durch Ausschaltung des kapitalistischen Wachstumsmechanismus: »Masseneinkommen schaffen Rentabilität«.

Die – hypothetische – Reglementierung der Außenwirtschaftsbeziehungen im Zentrum kann in dieser Situation nicht den Rückgang der Konkurrenzfähigkeit der Industrieproduktion des Zentrums auf dem Weltmarkt stoppen, nähme allerdings der Peripherie die Chance, über Märkte in den Industrieländern Wachstumsimpulse zu erhalten und – im Fall von Rohstoffpreisabsprachen – sich Verbraucher- und Differentialrenten anzueignen. Der trotz einzelner Ausnahmen (Beispiel: Fertigwarenimporte aus Indien) geringe Beitrag der »sozialistischen Länder« zur Entwicklung der Peripherie (die RGW-Länder profitieren heute genauso wie die kapitalistischen Industrieländer von den niedrigen Rohstoffpreisen in der Dritten Welt) zeigt, daß eine solche Eatisierung der Wirtschaft in den Industrieländern der Peripherie Einkommen und Wachstumsimpulse entzieht, weil ein etatisiertes Zentrum alle Renteneinkommen selbst abschöpfen und die Auswirkung von Konkurrenzvorteilen der Dritten Welt in der verarbeitenden Industrie durch Protektionismus ausschalten kann.

Die durch strukturelle Heterogenität verursachte Vereindlung in der Peripherie würde dort – noch stärker, als es heute der Fall ist – bürokratische Lösungen oder die Repression begünstigen und durch Bürokratisierung sich entwickelnde Ungleichheit verstetigen. Beschäftigungskrisen in der Metropole würden dirigistische Maßnahmen begünstigen, die angesichts des politischen Kräfteverhältnisses (mittlere Einkommensschichten werden wahlentscheidend) eher die Zementierung der Schichtung innerhalb der Beschäftigten als eine Egalisierung der Arbeitseinkommen bewirkten, die über die Überproduktion qualifizierter Arbeitskräfte infolge der Bildungsreform heute greifbar scheint und die Chance auf Überwindung des Gegensatzes zwischen »Hand- und Kopfarbeit« bietet.

Es ist davon auszugehen, daß die egalitäre Gesellschaft, die in der Tradition des 19. Jahrhunderts als Sozialismus bezeichnet wird, durch eine Ausdehnung und Vervollständigung der Marktsteuerung erreicht wird. Vervollständigung z. B. dadurch, daß »on the job« Qualifikation, die heute vielen, die einmal in eine Karriere hineinkommen, erlaubt, auf Dauer über Einkommensvorteile und privilegierte Arbeitsbedingungen zu verfügen, durch die zeitliche Begrenzung des Verweilens auf solchen Stellen abgebaut werden kann. Angesichts des Drucks einer Überzahl für solche Stellen Qualifizierter wird die Zirkulation von Personal möglich und mit ihr die Angleichung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen.

Daß eine solche Perspektive, die entfremdete Arbeit nicht aufhebt, aber zusammen mit einer Verkürzung der Arbeitszeit einschränkt, weiteres Wachstum erfordert und sich in einer Verteuerung der Zugangskosten zu Arbeitskraft im Zentrum niederschlägt, ist offensichtlich. Wenn die Zugangskosten für Arbeit in der Metropole weiter steigen, dann muß die Gefahr der Peripherisierung des Zentrums gebannt werden. Sozialer Strukturwandel in der Peripherie und sozialer Fortschritt im Zentrum werden heute komplementär.

Nachbemerkung

Im vorliegenden Beitrag wird auf Anmerkungen verzichtet. Ausführliche Belege finden sich zu sämtlichen Thesen in der eingangs erwähnten Studie *Geschichte und Ökonomie der europäischen Weltoberierung* (1976 a; erscheint bei Campus in Frankfurt 1980). Seit 1976 habe ich spezifische Fragestellungen weiterentwickelt und in folgenden, im Text zitierten Beiträgen behandelt:

(1974) *Die Überwindung von Unterentwicklung*, in Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 1., Hamburg 1974, S. 162-189

(1976 b) *Lohnerhöhungen; Wachstumschance des Kapitalismus*, in: *Forum ds*, Nr. 2, 1976, S. 78-133

(1976 c) *Ökonomie der Rohstoffproduktion*, in: *Leviathan*, Bd. 1, 1976, S. 122-129

(1976 d) *Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung*, in Alfred Schmidt (Hrsg.), *Strategien gegen Unterentwicklung*, Frankfurt 1976

(1977) *Die Staatsklasse/Staatsbourgeoisie in den unterentwickelten Ländern zwischen Privilegierung und Legitimationszwang*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, Heft 1, 1977, S. 29-42

(1978 a) *Die Mobilität der Arbeitskraft und Akkumulation. Aspekte einer soziökonomischen Theorie des internationalen Systems*, in Hartmut Elsenhans (Hrsg.), *Migration und Wirtschaftswachstum*, Frankfurt 1978, S. 9-30

(1978 b) *Les contradictions de la théorie de la croissance chez Marx et leurs implications sur les théories des crises et de l'impérialisme*, Séminaire de docto-

rat. Département des sciences politiques. Université de Montréal, November
1978

- (1979 a) *Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß und Demokratisierung*, in Hartmut Elsenhans (Hrsg.), *Agrarreform in der Dritten Welt*, Frankfurt 1979
- (1979 b) *Für eine sozialreformerische Ausgestaltung der NIWO*, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Mai 1979, S. 19-23